

NATIONALRAT
Herbstsession 2023

Fragestunde vom 25. September 2023

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Finanzdepartement

23.7623 Imboden. Analysiert die SNB neben der Klimarisiken auch jene in Bezug auf den Biodiversitätsverlust?

Auf meine Frage 23.7011, zu den vom Bundesrat angesprochenen Zielkonflikten im Bereich der Klima- und Biodiversitätsziele, erklärt der Bundesrat, dass die SNB im Rahmen der Gefahren-Analyse für das Finanzsystem auch die klimabezogenen Risiken analysiere.

- Tut die SNB das Gleiche für die Risiken des fortschreitenden Biodiversitätsverlustes?
- Wenn ja, wie kalkuliert sie diese Risiken ein?
- Wenn nein, warum tut sie das nicht?

23.7635 Farinelli. Pauschalbesteuerung: Tendenzen und Auswirkungen

Die Anzahl der pauschalbesteuerten Personen hat in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen. Abgesehen vom unmittelbaren steuerlichen Aspekt bedeutet dies, dass verschiedene Pauschalbesteuerte in andere Länder abgewandert sind und dass es allgemein weniger vermögende Personen gibt, die sich dazu entschliessen, in die Schweiz zu ziehen.

- Gibt es einen Überblick darüber, in welche Länder die Personen weggezogen sind?
- Gibt es Schätzungen zu den wirtschaftlichen Auswirkungen, die die sinkende Anzahl pauschalbeststeuerter Personen hat (Immobilien, Konsum, Arbeitsplätze)?

23.7649 Grin. Pyrolyse: Steuererleichterung für die Herstellung von biogenem Treibstoff

Würde der Bundesrat die Einführung einer Steuererleichterung für Treibstoffe, die im Pyrolyseverfahren aus Plastik, Kautschuk und anderen Abfällen erzeugt werden, befürworten?

Wäre ein Modell vergleichbar mit dem heutigen Modell für biogene Treibstoffe einfach umzusetzen?

23.7682 Andrey. Finanzielle Bewertung des massiven Artenverlusts

Vor knapp zwei Jahren antwortete der Bundesrat auf meine Interpellation 21.8147, dass eine finanzielle Quantifizierung des massiven Artenverlusts herausfordernd sei und er sich - falls möglich - mit der Thematik in den Langfristspektiven 2024 beschäftigen würde. Ist es dem Bundesrat jetzt möglich, sich dem Thema anzunehmen, wissend, dass in der jüngsten Vergangenheit grosse Fortschritte in der finanziellen Bewertung von Ökodieleistungen - und dem Verlust davon - gemacht wurden?

23.7723 Badertscher. Währungshilfe für die Ukraine

Die Ukraine benötigt dringend Währungshilfe zur Aufrechterhaltung ihrer staatlichen Dienstleistungen. Die Schweiz könnte aufgrund ihres Währungshilfe-Gesetzes und über ihr beim IWF zur Verfügung stehende Sonderziehungsrechte der Ukraine mit einem langfristigen, zinsfreien Darlehen einen Beitrag leisten.

- Warum gewährt die Schweiz nicht - wie andere Länder - eine Währungshilfe?
- Welche anderen Finanzierungsmodalitäten erachtet der Bundesrat als geeignet, um die Ukraine zu unterstützen?

23.7725 Reimann Lukas. Informationsaustausch mit Russland ausgesetzt oder doch nicht?

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 16. September 2022 beschlossen, vorläufig keine steuerlichen Informationen mehr an die Russische Föderation zu übermitteln. Trotzdem waren im Bundesblatt auch danach verschiedene Datenübermittlungen von russischen Staatsbürgern an Russland dokumentiert.

- Wie ist der aktuelle Stand?
- Und woher kommt der Widerspruch von Bundesratsentscheid und Bundesblatt?

23.7736 Baumann. Wie und bis wann setzt der Bund seine Empfehlungen zur Begünstigung einer gesunden und nachhaltigen Ernährungsweise in den eigenen Kantinen um?

Auf meine Interpellation 23.3876 nennt der Bundesrat Empfehlungen zur Begünstigung einer gesunden und nachhaltigen Ernährungsweise der KonsumentInnen. Der Bund und die Kantone haben in ihren Kantinen die Möglichkeit, als Vorbilder voranzugehen und diese Empfehlungen rasch und lückenlos umzusetzen (inkl. nachhaltige Beschaffung).

- Wie setzen Bund und Kantone diese Empfehlungen in ihren Kantinen um?
- Bis wann wird der Bund dies umgesetzt haben?

23.7783 Bregy. Einführung Individualbesteuerung: Werden Bedenken ignoriert?

21 Kantone lehnen die Individualbesteuerung ab. Warum ignoriert der Bundesrat die Kritik dieser Kantone und damit auch das bundesgerichtlich bestätigte Verfassungsgebot, indem im Bereich der Einverdienerehe neue Ungerechtigkeiten geschaffen werden?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport**23.7626 Schlatter. RUAG-Affäre: Untersuchung**

Die Ungereimtheiten rund um den Verkauf der Leopard-1-Panzer werden immer zahlreicher, so hat vor einigen Tagen auch Italien eine fehlende Bewilligung festgestellt. In der Causa wurde eine Untersuchung angeordnet.

- Wann sollen die Ergebnisse der Untersuchung vorliegen?
- Da die Untersuchung dauern könnte, wie kann der Bundesrat bis dann garantieren, dass sich die RUAG an Gesetze hält?
- Erwägt der Bundesrat, internationale Geschäfte der RUAG zu sistieren, bis die Untersuchung vorliegt?

23.7658 Roth Franziska. Ist die Militärpolitik ein Teil der Sicherheitspolitik?

1. Ist das Staatssekretariat für Sicherheitspolitik (SEPOS) einem «Whole-of-Government»-Ansatz verpflichtet und sorgt für einen strategischen Gesamtrahmen, der für alle sicherheitspolitischen Akteure gilt?
 Ist die Militärpolitik also eine von mehreren Komponenten der Sicherheitspolitik und dieser untergeordnet?
 Welche Politikfelder tragen zur Sicherheitspolitik des Bundesrates bei und welche Rolle spielt das SEPOS bei der Koordination der verschiedenen Akteure inklusive der Armee?

23.7721 Fivaz Fabien. Lockheed Martin, RUAG und Offset-Geschäfte

Beim Kauf der F-35 hat der Bund der Schweizer Wirtschaft Offset-Geschäfte in der Höhe von 2,9 Milliarden Franken versprochen, davon 1 Milliarde für die Westschweiz. Die RUAG möchte die Montage und Wartung der Flotte (in Emmen) durchführen.
 - Das verbindliche Angebot musste die Wartungskosten für die ersten 10 Jahre beinhalten. Wer wird diese Wartung durchführen?
 - Kann Lockheed Martin einen (zukünftigen) Vertrag mit der RUAG als Offset-Geschäft geltend machen?

Departement des Innern**23.7630 Glarner. Gesundheitswesen und Ausländer**

Der Bundesrat wird höflich um die Beantwortung nachstehender Fragen gebeten:
 - wie hoch ist der Prozentsatz an angestellten Ausländern in unseren Spitälern?
 - wie hoch ist der Prozentsatz an zu behandelnden Ausländern in unseren Spitälern?
 - wie hoch ist der Prozentsatz an Ausländern in den Notaufnahmen unserer Spitäler?
 - wie hoch ist der Prozentsatz an Ausländern bei den Prämienvverbilligungen?
 - falls sich der Bundesrat auf fehlende Daten beruft - bis wann will er diese statistisch erfassen lassen?

23.7631 de la Reussille. Explosion des Crack-Konsums

Der Konsum von Crack explodiert in allen Regionen unseres Landes. Die sehr süchtig machende und sehr billige Droge richtet von Genf bis Chur Unheil an. Die gesundheitlichen Folgen für die Betroffenen sind katastrophal, ebenso wie die gesellschaftlichen Folgen.
 Beabsichtigt der Bundesrat gemeinsam mit den entsprechenden medizinischen Einrichtungen und den Kantonen, eine dringliche Informations- und Präventionskampagne zu lancieren, um dieses Übel zu bekämpfen?

23.7633 Crottaz. Wo steht der Verlauf der Covid-Epidemie angesichts der neuen Variante? Muss die Impfung vorangetrieben werden?

In Frankreich stellt man in den Spitälern einen deutlichen Anstieg der Konsultationen wegen Covid fest. 30 Prozent der Leute müssen hospitalisiert werden. Aus diesem Grund hat das Gesundheitsministerium beschlossen, mit den Booster-Impfungen gegen Covid zu beginnen und nicht auf die Kombination mit der Grippe-Impfung zu warten, die selten vor Mitte Oktober angeboten wird. Die neue Variante (XBB1.5) ist eine Untervariante von Omicron und wird daher von der Wirkung von bivalenten RNA-Impfstoffen erfasst.
 Wie ist die Situation in der Schweiz?

23.7634 Weichelt. Auch der Bundesrat muss Recht befolgen

Die vom Volk und Ständen deutlich angenommene Pflegeinitiative verlangt in Art. 197 Ziff. 13 Abs. 2 BV, dass der Bundesrat innerhalb von 18 Monaten nach Annahme des Volksbegehrens "wirksame Massnahmen zur Behebung des Mangels an diplomierten Pflegefachpersonen" trifft. Der Bundesrat geht in der Antwort auf die Motion 23.3709 mit keinem Wort auf die Rechtslage ein, die ihn zum Handeln innert 18 Monaten zwingt. Muss der Bundesrat die Verfassung nicht einhalten?

23.7636 Feller. Internationales Pandemieabkommen: Auswirkungen auf die Medien- und Wissenschaftsfreiheit

Die Bundesverfassung garantiert unter anderem die Medienfreiheit und die Wissenschaftsfreiheit.

Artikel 17 des Vorentwurfs vom 1. Februar 2023 zum internationalen Abkommen über den Umgang mit Pandemien sieht vor, dass die Unterzeichnerstaaten auch «Infodemien» bekämpfen müssen. Mit diesem Kofferwort bezeichnet man die bei einer Pandemie zu beobachtende Überflutung mit Informationen, von denen manche zuverlässig sind und andere nicht.

Könnte die Bekämpfung von Infodemien, wie sie der erwähnte Entwurf vorsieht, die Verbreitung wissenschaftlich belegter Informationen behindern?

23.7640 Pfister Gerhard. Umsetzung der Motion 22.3373 "Anerkennung der Gebärdensprachen".

- Stimmt es, dass der Bundesrat plant, die Umsetzung der oben erwähnten Motion 22.3373 im Rahmen der Teilrevision des Behindertengleichstellungsgesetzes umzusetzen?

- Wenn Ja, ist dem Bundesrat klar, dass er damit dem Willen des Gesetzgebers nicht entspricht?

23.7651 Locher Benguerel. Psychische Gesundheit unserer Jugend stärken - Stand des Berichts?

Es steht schlecht um die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Das zeigen erneut die Zahlen von Pro Juventute. Im 1. Halbjahr 2023 musste das Beratungsteam 74 Mal das Leben eines jungen Menschen retten. In der Vorjahresperiode waren es 65 solcher Kriseninterventionen und im Jahr 2019 noch deren 57 im Total. Umso wichtiger scheint der Bericht 21.3457.

Wann können wir mit dem dringlichen Postulatsbericht und Massnahmen des Bundesrats rechnen?

23.7657 von Siebenthal. Gerissene Nutztiere traumatisieren

Wie gedenkt der Bundesrat BAG Menschen, die direkt durch Wolfsrisse traumatisiert sind oder durch den Verlust Teile der Herden durch Blutausch professioneller Hilfe zuführen zu lassen?

[23.7659](#)**Mäder. Versandhandel nichtverschreibungspflichtiger Arzneimittel nicht verzögern!**

Gemäss Bericht zum Po. Stahl 19.3382 hat der Bundesrat das EDI beauftragt, eine Revision des HMG u. a. zur Ermöglichung des Versandhandels mit nichtverschreibungspflichtigen Arzneimitteln vorzubereiten, «die voraussichtlich Ende 2022 in die Vernehmlassung geschickt wird».

Der Fahrplan hat sich offensichtlich verzögert.

- Was sind die Gründe?

- Was unternimmt der Bundesrat, um den OTC-Versandhandel auch mit Blick auf die Versorgungssicherheit rasch und gemäss ursprünglichem Plan voranzubringen?

[23.7660](#)**Bregy. Rechtsverbindlicher WHO-Pandemiepakt: Internationalen Science Task Force?**

Gemäss Art. 23 des rechtsverbindlichen WHO-Pandemiepaktes soll mit einem Panel of Experts eine «internationale Science Task Force» installiert werden.

1. In welchem Verhältnis stehen die Entscheide der internationalen Science Task Force gegenüber denjenigen der inländischen Task-Forces?

2. Wie steht der Bundesrat dazu, dass, zum Beispiel die Pandemiepolitik, inskünftig von einer internationalen Science Task Force unabhängig von der Schweiz bestimmt werden kann?

[23.7662](#)**Roth Franziska. Rechtsgleichheit für Care Leaver**

Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die unterschiedlichen kantonalen Gesetzgebungen für Leistungen über die Volljährigkeit hinaus nicht zu einer Rechtsungleichheit für Care Leaver führt?

Wie stellt der Bundesrat sicher, dass junge Menschen ohne materiellen, finanziellen und emotionalen Support der Eltern - wie dies bei Care Leavern oft der Fall ist - die gleichen Bildungschancen erhalten und nicht aufgrund ihrer familiären Herkunft Diskriminierung erleben, sondern Rechtsgleichheit erfahren?

[23.7664](#)**Weichelt. Finanzierung der Palliative-Care im Dornröschenschlaf**

Vor mehr als zwei Monaten fand eine Aussprache zwischen der BAG Direktion und den Direktor:innen von Alzheimer Schweiz, Artiset, Spitex Schweiz und palliative.ch statt. Das BAG hat dabei zugesichert, dass im Herbst 2023 ein runder Tisch mit den Akteur*innen und dem BSV, BAG sowie den Kantonen stattfinden wird. Bis heute wurde den Akteur*innen noch kein Termin kommuniziert.

Wann findet dieser Runde Tisch konkret statt und warum kommuniziert das BAG nicht?

[23.7671](#)**Binder. Mangelnde Gesundheitsversorgung verhindern. Keine zusätzliche Verschärfung durch den Fachärztestop**

In verschiedenen Regionen der Schweiz besteht ein Mangel an (Fach)Ärztinnen und Ärzten, der durch den Zulassungsstopp verschärft wird.

Was unternimmt der Bund, um die Kantone in ihrer Pflicht zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung bestmöglich zu unterstützen?

[23.7672](#)**Bircher. Bevölkerungsszenarien Schweiz 2050**

Wie ist die Bevölkerungsentwicklung mit und ohne Migrationshintergrund 2012, 2021, 2030 und 2050 nach Altersgruppen <15 Jahre, 15-30 Jahre, 30-60 Jahre, >60 Jahre

[23.7694](#)**Gössi. WHO-Pandemiepakt: Internationales Pandemieparlament, welches den Pandemiepakt in Eigenregie selbständig abändern kann?**

Die Schweiz hat mit ihrer relativ eigenständigen Coronapolitik gute Erfahrungen gemacht. Gemäss Art. 20 des WHO-Pandemiepakts soll mit der *Conference of the Parties* offenbar ein «internationales Pandemieparlament» installiert werden.

1. Kann dieses Gremium selbständige Änderungen am WHO-Pandemiepakt beschliessen?
2. Falls ja: Wie steht der Bundesrat dazu, dass ein solches Gremium den Pandemiepakt in Eigenregie abändern kann?
3. Wäre eine eigenständige Pandemiepolitik der Schweiz noch gewährleistet?

[23.7704](#)**Python. Schweizer Gesundheitsstudie: Verlässlichkeit der angewandten Untersuchungsmethoden**

Das BAG hat kürzlich die Resultate der Schweizer Gesundheitsstudie veröffentlicht. Bei der Untersuchung von Glyphosat gaben die Teilnehmenden nur eine Urinprobe (Spot-Urin-Probe) ab, obwohl eine genauere und verlässlichere Bewertung, die die Exposition während eines Tages zeigen würde, mit der Untersuchung von Urinproben über 24 Stunden möglich gewesen wäre.

- Weshalb wurde diese unvollständige und unpräzise Vorgehensweise gewählt?
- Werden zukünftig verlässlichere Studien durchgeführt?

[23.7709](#)**Roth Franziska. Wie steht es um die dermatologische Versorgung?**

Die Umsetzung des Zulassungsstopps via Höchstzahlen kommt einem Berufsverbot für Ärztinnen und Ärzte gleich. Im Bereich des schon heute fehlenden Dermatologie-Nachwuchses wirkt sich dies zusätzlich negativ aus.

Wie gedenkt der Bundesrat die Versorgung der stark steigenden Anzahl Hautkrebs-Patient/innen in der Schweiz zu verbessern?

[23.7760](#)**Wettstein. Dermatologische Versorgung nicht gefährden**

Die Verordnung über die Festlegung der Höchstzahlen für Ärztinnen und Ärzte lässt Befürchtungen aufkommen, dass zwar die Zentren ausreichend Fachpersonal haben, dass jedoch Regionen ausserhalb der grossen Zentren künftig von Unterversorgung betroffen sein werden - beispielsweise in der Dermatologie.

Was unternimmt der Bundesrat, um der Gefahr einer solchen Ungleichverteilung und einer drohenden regionalen Unterversorgung gezielt entgegenzuwirken?

[23.7710](#)**Rüegger. Wann wird die Motion 19.3005 "Keine zusätzliche Kosten für unser Gesundheitswesen.." umgesetzt?**

Am 8. Juni 2022 hat der Ständerat als Zweitrat die Motion 19.3005 "Keine zusätzlichen Kosten für unser Gesundheitswesen." mit welcher mindestens 100 Mio. an Gesundheitskosten eingespart würden, angenommen. Bisher hat das BAG offenbar keine Anstrengungen unternommen, diese Motion umzusetzen. Seit Inkrafttreten der falschen Regulierung entstanden Kosten von einer halben Milliarde!

Wann gedenkt das BAG dieses Anliegen endlich umzusetzen?
Werden die betroffenen Stakeholder in die Lösung einbezogen?

23.7712 Porchet. Wie kann der Medikamentenknappheit begegnet werden?

Seit mehreren Monaten sind einige gebräuchliche Medikamente in unseren Apotheken nicht mehr erhältlich (Medikamente gegen Magenbeschwerden, Tabletten gegen Erkältungen, Nasensprays, Hustensirup usw.). Für einige dieser Medikamente gibt es Alternativen, die jedoch nicht immer von der Krankenversicherung bezahlt werden. Welche Massnahmen arbeitet der Bundesrat momentan aus, um der Knappheit zu begegnen?

Beabsichtigt er namentlich auch, die Spezialitätenliste zu erweitern?

23.7724 Schläpfer. Stellenausbau im BAG während der Covid-19-Krise

Für die Bewältigung der Covid-19-Krise wurden im BAG 660 Personen neu angestellt. Die Krise ist nun überwunden.

Wurden diese 660 neu errichteten Stellen wieder abgebaut?

23.7732 Bühler. AHV-Beiträge von Personen mit Schutzstatus S

Nach dem Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) sind Personen mit Schutzstatus S, die seit über einem Jahr in der Schweiz leben, versichert. Gemäss Artikel 14 Absatz 2 AHVG können die AHV-Beiträge rückwirkend erhoben werden.

Wie viele Personen mit Schutzstatus S:

1. zahlen AHV-Beiträge?
2. beziehen derzeit Leistungen der AHV?
3. zahlen rückwirkend Beiträge?
4. bekommen ihre Beiträge von der Sozialhilfe (beziehungsweise vom Staat) bezahlt?

23.7751 Studer. Abgabe von Teilmengen einer Medikamentenpackung und die Zukunftsabsichten des Bundesrates

Die Abgabe von Teilmengen einer Medikamentenpackung ist in der Schweiz grundsätzlich erlaubt und in der Verantwortung der Kantone. Aufgrund der angespannte Arzneimittel-Versorgungssituation wurde eine solche Massnahme dieses Jahr seitens Bund eingeführt. Diese Massnahme wäre aber aufgrund Kosten sowie Medikamentenverschwendung aber sinnvoll beizubehalten und auszubauen.

In welchem Prozess steckt der Bundesrat, gedenkt er es weiterzuführen und auszubauen?

23.7755 Wettstein. Ist der PFAS-Gehalt in Lebensmitteln inzwischen bekannt und publiziert?

In seiner Antwort auf meine Motion 21.4117 schrieb der Bundesrat am 17. November 2021: "Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) wertet zurzeit vorhandene Daten über den PFAS-Gehalt in Lebensmitteln aus, um zu prüfen, ob weitere Massnahmen nötig sind".

Sind diese Daten inzwischen ausgewertet und publiziert?

Was ist das Resultat der Prüfung weiterer allfälliger Massnahmen?

23.7790 Herzog Verena. Eine Fentanyl-epidemie in der Schweiz muss verhindert werden!

Immer häufiger prägen auch in Schweizer Städten schwerst drogensüchtige Menschen das Strassenbild. Massiv gesundheitsschädigende, illegale Drogen mit höchstem Suchtpotential wie Crack und Fentanyl, das 50x so stark wirkt wie Heroin, sind im Umlauf. Was gedenkt der Bundesrat dagegen zu unternehmen?
Ist er bereit, die Dealer mit härteren Strafen zu sanktionieren und konsequent auszu-schaffen?

Justiz- und Polizeidepartement**23.7622 Bircher. Lampedusa 6000 Bootsmigranten innert 24 Std.**

Die Lage in Italien ist ausser Kontrolle geraten.
Wie reagiert die Schweiz als direktes Nachbarland?
Frankreich führt gegenüber Italien wieder Grenzkontrollen ein. Deutschland stoppt das Programm zur freiwilligen Aufnahme von Migranten aus Italien.
Was unternimmt die Schweiz, da der Migrationsdruck nicht noch mehr steigt?

23.7632 Zuberbühler. Österreichs Kanzler Nehammer kündigt Grenzkontrollen zu Italien an, weil nordafrikanische Flüchtlinge Lampedusa überrennen.

Hintergrund des Entscheids ist die hohe Anzahl Flüchtlinge, die aktuell in Italien ankommen und die oft weiterreisen, um in anderen Ländern Asyl zu beantragen. Gemäss dem Dublin-Abkommen ist das Erstaufnahmeland aber dafür zuständig. Wegen der angespannten Lage nimmt Italien jedoch keine Flüchtlinge zurück.
Welche Massnahmen plant die Schweiz im Zusammenhang mit der afrikanischen Flüchtlingswelle?
Erwägt unser Land ebenfalls die Wiedereinführung von ausserordentlichen Grenzkontrollen?

23.7731 Schläpfer. Verstärkte Grenzkontrollen

Frankreich verstärkt seine Grenzkontrollen zu Italien. Österreich kontrolliert die Grenze zu Italien neuerdings auch.
- beabsichtigt der Bundesrat ebenfalls zusätzliche Grenzkontrollen an der Grenze zu Italien?
- was unternimmt der Bundesrat gegen die Verweigerung der Rücknahme von Flüchtlingen Italiens im Rahmen des Schengenabkommens?

23.7756 Fischer Benjamin. Wann erreicht die Tsunami-Flüchtlingswelle aus Lampedusa das Schweizer Mittelland?

In den letzten Tagen sind neue Höchststände bei den Ankünften von illegalen Migranten auf der Insel Lampedusa verzeichnet worden, diese werden nun alle auf das Festland gebracht. Italien hat Dublin-Rückführungen ausgesetzt.
- Wie lange dauert es, bis der Ansturm auf die Insel Lampedusa die Schweiz erreicht?
- Welcher Prozentsatz der angelandeten Personen in Lampedusa werden die Schweiz erreichen bzw. durchqueren?
- Wie gedenkt dies der Bundesrat zu verhindern?

23.7765 Dettling. Grenze schützen, jetzt!

Die Asylsituation eskaliert. Täglich kommen mehrere Tausend Asylmigranten in Lampedusa an. Unser Land wird Ziel sein dieser Asylmigranten. Heute schon ist unser System überlastet. Schweizer werden auf die Strasse gestellt, damit die Wohnung an Asylbewerber vermietet wird. Unsere Grenze muss geschützt werden. Was unternimmt der Bundesrat damit unser Land vor dem Asylansturm geschützt wird? Wann schützt der Bundesrat endlich unsere Grenzen? Welche Länder in Europa kontrollieren die Grenzen wieder?

23.7787 Aeschi Thomas. Wie langt schaut der Gesamtbundesrat dem Asyl-Chaos noch tatenlos zu?

Sieht der Bundesrat den «epochalen Ansturm» (Quelle: Tagesanzeiger) der Asylwelle aus Afrika und dem Nahen resp. Mittleren Osten auf die Schweiz zurollen?

- Wie lange will der Gesamtbundesrat dem Asyl-Chaos weiter tatenlos zuschauen?
- Welche Verschärfungen hat er bereits ergriffen und welche gedenkt er noch zu ergreifen?
- Sind systematische Grenzkontrollen oder Transitzone in allen Landesgegenden eine Option, die der Bundesrat zumindest prüft?

23.7628 Marchesi. Wie hoch sind die Kosten, die durch Scheinflüchtlinge und Wirtschaftsmigrantinnen und -migranten zulasten der Schweizer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler anfallen?

Es ist bekannt, dass ein grosser Teil der Asylsuchenden in der Schweiz keinen Anspruch auf Asyl hat.

Wie hoch ist dieser Anteil an der Gesamtheit der Asylsuchenden prozentual und in absoluten Zahlen gesehen?

Wie hoch sind die jährlichen Kosten, die durch Asylsuchende, deren Gesuch abgelehnt wird, zulasten des Bundes anfallen?

23.7637 Pointet. Wird die automatische Fahrzeugfahndung und Verkehrsüberwachung (AFV) Teil der Abfrageplattform POLAP sein?

Alle warten auf die Entwicklung von POLAP, aber kann dieses System auch die Effizienz der Bundesstellen erhöhen?

- Wird es möglich sein, im AFV-System Suchen via POLAP durchzuführen?
- Bedeutet dies in der Folge, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von fedpol in der Lage sein werden, über eine Abfrage in POLAP auf die Informationen der AFV zuzugreifen?

23.7641 Schläpfer. Asylpraxis für afghanische Frauen

Das SEM hat die Asylpraxis für afghanische Frauen so geändert, dass allen afghanischen Frauen und Mädchen automatisch die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wird.

- Mit wie vielen zusätzlichen Flüchtlingen ist wegen Familiennachzug in den nächsten drei Jahren zu rechnen?
- Wie hoch sind die Kosten für die Schweiz, wenn die jetzt 3117 Afghaninnen mit vorläufiger Aufnahme in den Flüchtlingsstatus wechseln können?

23.7653 Bircher. Integrationsobergrenze: Durchmischung der Bevölkerung

Die Schweiz befindet sich in einer neuen Migrationskrise, gleichzeitig sind Kantone und Gemeinde immernoch stark mit der Integration der 2015 und 2023 Angekommenen beschäftigt. Eine gelungene Integration hat auch mit der Durchmischung der Bevölkerung zu tun.

Wie hoch darf diese Integrationsobergrenze pro Jahr sein damit die Integration überhaupt noch funktioniert (sprachliche, soziale, wirtschaftliche Integration)?

23.7667 Buffat. Eritreische Staatsangehörige I

Wie viele eritreische Staatsangehörige leben in der Schweiz (aufgeschlüsselt nach ständiger Bevölkerung und Asylbereich)?

Wie hoch sind die Sozialhilfequoten bei diesen Personen (aufgeschlüsselt nach ständiger Bevölkerung und Asylbereich sowie insgesamt)?

23.7668 Buffat. Eritreische Staatsangehörige II

Wie viele eritreische Staatsangehörige haben seit 1993 in der Schweiz ein Asylgesuch eingereicht?

Wie hoch war die Anerkennungsquote?

Und die Schutzquote?

Wie viele Primär- und Sekundärgesuche waren es?

23.7669 Buffat. Asylkosten

Wie viel kostet es den Bund im Durchschnitt über alle Bereiche hinweg (Versicherungen, Asylzentrum, Beiträge an die Kantone, Infrastruktur, Personal, Anwältinnen und Anwälte, Übersetzungen usw.), ein Asylgesuch zu bearbeiten, als Folge dessen Schutz (Asyl oder Ausweis F) gewährt wird?

23.7677 Marchesi. Asylsuchende in Chiasso: Was soll konkret unternommen werden, um der Bevölkerung eine Antwort zu geben?

Die Bevölkerung und die Behörden von Chiasso bitten den Bundesrat um Hilfe, da sie aufgrund einer hohen Zahl straffälliger Asylsuchenden mit einem Problem der öffentlichen Sicherheit konfrontiert sind. Die Anzahl an Straftaten hat explosionsartig zugenommen und die Sicherheit der Einwohnerinnen und Einwohner ist nicht mehr gegeben.

Welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat in nächster Zeit zu ergreifen, um die Sicherheit zu erhöhen und die öffentliche Ordnung wiederherzustellen?

Kann die Situation mit den derzeit verfügbaren Polizeikräften verbessert werden?

Wenn nicht, was soll unternommen werden?

23.7678 Marchesi. Militär für die Südgrenze, um den Zustrom an Asylsuchenden zu steuern

Hat der Bundesrat schon die Möglichkeit erwogen, das Militär mit der Unterstützung der Kantons- und Gemeindepolizei und der Grenzwaiche zu beauftragen, damit die Grenzen besser überwacht werden können, sich die Sicherheit in Chiasso verbessern lässt und, wo nötig, die Koordination vor Ort und die Registrierung der Asylsuchenden logistisch unterstützt werden können?

23.7681 Jost. Aktionsplan gegen Menschenhandel: Werden Ursachen und Strukturen der Prostitution ebenfalls thematisiert?

Der 3. Nationale Aktionsplan gegen Menschenhandel sieht als Aktivität alle zwei Jahre Sensibilisierungsevents oder Aktionswochen am europäischen Tag gegen den Menschenhandel vor.

Sollen diese Events ausschliesslich auf Verdachtsfälle von Menschenhandel sensibilisieren oder werden Ursachen, Hintergründe, System, Strukturen und Konsequenzen der Prostitution als Form sexueller Ausbeutung ebenfalls ins Zentrum der Aufklärung und Sensibilisierung gestellt?

23.7688 Studer. Nordisches Modell in EU - und die Schweiz?

Das EU-Parlament hat im Kampf gegen die Prostitution europaweite Leitlinien zum Schutz von Frauen und Mädchen gefordert. Die 27 Mitgliedstaaten sollen die Prostitution entkriminalisieren und Freier bestrafen. Prostituierte sollen Zugang zu Ausstiegsprogrammen erhalten. Die Schweiz droht zum «Bordell Europas» zu werden. Ist der Bundesrat bereit, dies zu verhindern und unverzüglich die Arbeiten aufzunehmen, um im Gleichschritt mit den EU-Ländern, vergleichbare gesetzliche Massnahmen einzuführen?

23.7768 Gugger. Löst die Schweiz Deutschland als «Bordell Europas» ab?

Führen die EU-Staaten das nordische Modell ein, wird die Schweiz das einzige Land in Westeuropa, in dem Sex für Geld gekauft werden kann.

Damit würde die Schweiz zum Eldorado für den Sextourismus!

Welche Konsequenzen und Probleme sieht der Bundesrat im Hinblick auf Sextourismus, organisierter Kriminalität sowie Ausbeutung und Menschenhandel und dem Ansehen der Schweiz, wenn die Schweiz zum «Bordell Europas» wird und sich die Nachfrage nach käuflichem Sex aus Europa in die Schweiz verlagert?

23.7696 Jauslin. Zivile Hilfe bei der Unterbringung erlauben

Im Rahmen seiner Antwort zu meiner IP 23.3797 geht der Bundesrat nicht auf die Möglichkeit von Unterbringungen bei Privaten oder bei anderen nichtstaatlichen Organisationen ein.

Hätte eben nicht auch die massive, durch die Ukraine Krise ausgelöste Einreise von Hilfssuchenden in der Schweiz in einer ersten Phase durch solche zivilen Hilfen überbrückt werden können?

Wie plant der Bundesrat zukünftig solche zivilen Lösungen zu koordinieren und zu fördern?

23.7697 Imboden. 150 Jahre Referendumsrecht: Was planen Bund und Parlament?

Das fakultative Referendum ist ein Grundpfeiler der direkten Demokratie der Schweiz. Seit 1874 unterstehen Bundesgesetze und andere Erlasse der Bundesversammlung dem fakultativen Referendum nach Artikel 141 der Bundesverfassung.

- Gedenkt der Bund 2024 zum 150 Jahre Jubiläum die Rolle und Bedeutung des Referendums in geeigneter Weise zu würdigen?

- Sind Aktivitäten im Bereich der politischen Bildung vorgesehen, die sich an einen breiten Kreis der Bevölkerung und insbesondere an die Schulen richten?

23.7700 Strupler. Bevölkerung vor Diebestouren schützen

- Was für Möglichkeiten hat der Bundesrat in den Bundesasylzentren die Ausgangszeiten zu beschränken?
- Wäre der Bundesrat bereit die Ausgangszeiten in den Bundesasylzentren auch am Wochenende zu beschränken und so die Bevölkerung vor den nächtlichen Diebestouren zu schützen?

23.7706 Strupler. Asylgrund von Eritreern welche das Regime Unterstützen überprüfen

- Ist der Bundesrat gewillt den Asylentscheid von Eritreern welche das Regime Unterstützen neu beurteilt um festzustellen ob sie eine Falschaussage zu ihrer Gefährdung im Heimatland durch Verfolgung durch das Regime gemacht haben?
- Was für Konsequenzen hätte so eine Falschaussage?

23.7730 Götte. Gefahr durch rivalisierende Eritreer-Gruppen

Wenn sich rivalisierende Gruppierungen aus Eritrea in der Schweiz bekämpfen, besteht eine Gefahr für die öffentliche Ordnung in der Schweiz.
Wie macht der Bundesrat die Güterabwägung zwischen dem Erhalt der öffentlichen Ordnung in der Schweiz, welche durch eine restriktivere Asylpraxis verbessert werden könnte, und die immer grosszügiger angewendete Asylpraxis (bspw. die neueste Änderung der Praxis bei Afghaninnen und deren Kinder)?

23.7752 Fischer Benjamin. Überarbeitung des Asylgesetzes hinsichtlich einer Beendigung des Asyls in glasklaren Fällen

Die Teilnahme an Anlässen der eritreischen Diaspora in der Schweiz stellt für sich alleine genommen für den Bundesrat weder einen Beendigungsgrund für das Asyl noch einen Aberkennungsgrund für die Flüchtlingseigenschaft dar und für eine generelle Überprüfung solcher Fälle bestände keine gesetzliche Grundlage.
Ist der Bundesrat nach den Ausschreitungen in Opfikon immer noch dieser Meinung?

23.7754 Walliser. Wäre eine restriktivere Asylpraxis nicht sinnvoller als ein Verbot von Eritreer-Anlässen?

Am 17. September nahm Staatssekretärin Christine Schraner Burgener im Tagesanzeiger Stellung zu den Vorfällen in Opfikon. Sie möchte, dass solche Anlässe mit Konfliktpotential "möglichst nicht mehr bewilligt werden". Offensichtlich können nicht alle diese Eritreer einen gesetzeskonformen Asylgrund vorweisen.
Handelt es sich bei dem Verbot von Anlässen nicht um Symbolpolitik, um von einer verfehlten Asylpraxis abzulenken?

23.7770 Steinemann. Warum kann Israel Eritreer abschieben und die Schweiz nicht?

Asylanträge von Eritreern wurden und werden in Israel nur in Ausnahmefällen gebilligt, entnimmt man deutschen Medien. Zudem habe der jüdische Staat diverse Vorkehrungen getroffen, um illegalen Einreisen präventiv Einhalt zu gebieten.
Über welche diesbezüglichen rechtlichen Grundlagen verfügt Israel, die dies im Gegensatz zur Schweiz möglich machen?

23.7774 Steinemann. Wie viele eritreische Staatsangehörige leben genau in der Schweiz?

Medienberichten über Gewalteskalationen und Schlägereien zufolge leben rund 30 000 Eritreer in der Schweiz. Dies dürften jedoch nur jene sein, die als Flüchtlinge anerkannt wurden.

Wie viele eritreische Staatsangehörige aller Aufenthaltstitel sind per 30. Juni 2023 in der Schweiz erfasst?

23.7775 Dettling. Aufnahmestopp für Eritreer

In der Schweiz gab es Ausschreitungen von Eritreern. Eritreer, welche in der Schweiz leben waren sogar in Deutschland beteiligt an massiven Ausschreitungen.

Wann stoppt der Bundesrat endlich die Aufnahme von Eritreern?

Wann schafft der Bundesrat endlich regimetreue Eritreer zurück?

Was unternimmt der Bundesrat, damit die vorübergehend aufgenommenen Eritreer, welche keine Aussicht auf Asyl haben endlich zurückgeschafft werden?

Wann stoppt der Bundesrat den Familiennachzug aus Eritrea?

23.7777 Steinemann. Systematische Neuausrichtung bei Asylgründen von Eritreern unumgänglich

Wie hat sich die Asylpraxis auf jeden der folgenden möglichen Asylgründe für Eritreer über die letzten Jahre verändert:

1. Bestrafung von Desertation und Dienstverweiger im Inland,
2. Bestrafung bei illegaler Ausreise,
3. Bestrafung von Rückkehrern aus dem Ausland sowie
4. Umsetzung der angekündigten Reformen des Nationaldienstes?

Die Anzahl der Primär- und Sekundargesuche von Eritreern blieb 2022 mit 1'830 hoch.

23.7784 Aeschi Thomas. Migrationsdialog mit Eritrea: Das SEM wird gebeten zu präzisieren

Der Bundesrat hat die Frage [23.7597](#) wie folgt beantwortet: «Das SEM hat dieses Jahr vor Ort im Rahmen von diplomatischen Bemühungen Gespräche mit den eritreischen Behörden geführt».

- Wie viele Treffen haben in Eritrea im Jahr 2023 stattgefunden?
- Auf welcher Ebene?
- Gab es Treffen mit dem eritreischen Präsidenten oder Ministern?
- Wenn nein, weshalb nicht?

Ist für die Staatssekretärin für Migration, Christine Schraner Burgener, eine nach Eritrea geplant, um die zahlreichen Probleme zu besprechen?

23.7708 Strupler. Arbeitswilligkeit von Schutzsuchenden mit Status S

Wie erklärt sich der Bundesrat das in der Schweiz die Arbeitstätigkeit der Schutzsuchenden mit dem Schutzstatus S viel geringer ist als beispielsweise in der Niederlande oder Polen?

Wie wird das verbessert?

23.7711 Heimgartner. Personalsituation in der Direktion des Bundesamtes für Polizei - Folgefrage!

Der Bundesrat bezeichnet die Situation in der Direktion des Bundesamtes für Polizei fedpol auf meine Frage 23.7540 als Personalfall.
Bestätigt er damit, dass das Organigramm nicht mehr mit der tatsächlichen Situation am Arbeitsplatz übereinstimmt?

23.7716 Bläsi. Reform des Asylrechts.

Das Europäische Parlament bereitet sich darauf vor, über eine Asylreform abzustimmen, mit der ein Solidaritätsmechanismus eingeführt wird.

- Wurde der Bundesrat zu diesem Thema von den europäischen Gremien kontaktiert? Wie?
- Welche Position hat er zu diesem Thema gegenüber den europäischen Partnern eingenommen?
- Hat er sich für die Beibehaltung des Dublin-Systems ausgesprochen?

23.7719 Bläsi. Reform des Asylrechts

- Welchen Einfluss hat die Revision des Asylrechts in der EU auf Prognosen des Bundesrates zu Migrationsfragen?
- Erwartet der Bundesrat, dass die Schweiz in den Solidaritätsmechanismus einbezogen wird, und falls ja, in welchem Umfang?

23.7726 Reimann Lukas. Soldatenmangel in der Ukraine: Überführung von Dienstverweigerern

Über 650.000 Ukrainer im wehrpflichtigen Alter sind laut EU-Statistikbehörde Eurostat in der EU, Norwegen, der Schweiz und Liechtenstein als Flüchtlinge registriert.

- Wie viele sind es in der Schweiz?
- Aufgrund des Soldatenmangels der Ukrainer hat Polen diesen Monat mit der Abschiebung von Ukrainern begonnen, die im wehrpflichtigen Alter sind und nach dem 24. Februar 2022, also mutmasslich kriegsbedingt, ihr Land verlassen haben.
- Wann beginnt die Schweiz mit den Abschiebungen?

23.7729 Bühler. Verbessert sich die Auslastung von Sonderflügen?

Im Jahr 2022 fanden 24 Sonderflüge für nur 115 aus der Schweiz weggewiesene Personen statt. Diese Auslastung hat von links bis rechts für Empörung gesorgt. Welche Massnahmen wurden ergriffen, um die Auslastung zu erhöhen und die Wegweisungen effizienter zu gestalten?

Wie sieht die Bilanz der Wegweisungen zwischen dem 1. Januar und dem 30. Juni 2023 aus?

23.7739 Zuberbühler. Auswirkungen der geänderten Praxis des SEM in Bezug auf die Aufnahme von afghanischen Frauen

Das SEM liess verlauten, dass die Behandlung der Asylgesuche von afghanischen Frauen auch heute noch individuell und streng sei.

- Wie viele Asylgesuche von afghanischen Frauen wurden seit der Praxisänderung des SEM bearbeitet?
- Wie viele davon führten zu einer Anerkennung als Flüchtling bzw. zu einer vorläufigen Aufnahme?
- Und besteht nicht die Gefahr, dass Afghaninnen, haben sie bei uns erst einmal Asyl, ihre gesamte Familie nachziehen lassen werden?

23.7740 Schläpfer. Faktoren für Gewalt junger Männer aus Afghanistan

Trifft es aus soziologischer Sicht zu, dass patriarchale Strukturen, gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen, ein Sextabu und Gewalt als Sozialisation Hauptgründe für eine überproportionale Vertretung von afghanischem Staatsbürgern in der Kriminalstatistik sind?

Wie gedenkt der Bundesrat mit dieser offensichtlich kulturell bedingten Gewalt umzugehen?

Bei welchen Delikten sind afghanische Staatsbürger besonders auffällig?

23.7743 Walliser. Wie weiter mit kriminellen Asyl-Migranten, welche auf Schweiz-Tournee sind?

Wenn ein im Schengen-Raum registrierter Asylmigrant in der Schweiz straffällig wird, welches Land ist dann für die Verurteilung und einen allfälligen Strafvollzug zuständig?

- Gibt es im Schengen-Raum einen Mechanismus, der eine Auslieferung von Verdächtigen/Verurteilten regelt?

- Ist das Land, in dem diese Person registriert ist, verpflichtet, diese Person nach einem erfolgten Strafvollzug wieder zurück zu nehmen oder bleibt diese Person danach in der Schweiz?

23.7744 Zuberbühler. Will der Bundesrat allen muslimischen Frauen Asyl gewähren?

Der Bundesrat will wegen der Machtübernahme der Taliban das Asylrecht auf alle afghanischen Frauen ausweiten, weil diese durch die traditionelle Weltsicht der Taliban systematisch unterdrückt würden. Das gleiche Argument könnte man in allen Ländern, in denen ein reaktionärer Islam gelebt wird, anwenden, wie z.B. im Iran, den Golfstaaten oder in Ländern mit starken islamistischen Gruppierungen.

Will der Bundesrat das Asylrecht grundsätzlich auf alle muslimischen Frauen weltweit ausdehnen?

23.7749 Fischer Benjamin. Humanitäre Visa: Wie kann der Missbrauch eingedämmt werden?

In seiner Antwort auf die Frage 23.7585 gab der Bundesrat an, dass er keine Statistik darüber führt, wie viele Asylgesuche von Personen gestellt werden, die sich mit einem zeitlich begrenzten humanitären Visum (90 Tage) in der Schweiz aufhalten.

- Wie kontrolliert der Bund, dass die Begünstigten die Schweiz verlassen?

- Wie viele Begünstigte haben die Schweiz in den letzten drei Jahren tatsächlich verlassen (absolut und relativ)?

23.7750 Walliser. Wie weiter mit kriminellen Asyl-Migranten, welche auf Europa-Tournee sind?

Bei den jüngsten Ausschreitungen zwischen Eritreern in Stuttgart waren mutmasslich 63 Eritreer beteiligt, die in der Schweiz registriert sind.

- Mit welchen strafrechtlichen Konsequenzen haben diese Personen zu rechnen?

Werden sie an Deutschland ausgeliefert, wenn sie dort straffällig geworden sind und Deutschland sie vor Gericht möchte?

- Wenn nein, wieso nicht?

23.7757 de Quattro. Verhinderung von Gewalttaten aufgrund von Traumata oder posttraumatischer Belastungsstörungen

Gemäss der Antwort des Bundesrates auf meine Interpellation 23.3884 fehlen bei der Aufnahme in ein Bundesasylzentrum standardisierte diagnostische Instrumente für psychische Erkrankungen, und es werden zunächst nur Massnahmen zur Stabilisierung des psychischen Gesundheitszustandes ergriffen.

Wäre es im Interesse der Prävention und der Sicherheit nicht sinnvoller, solche Erstuntersuchungen zwingend vorzuschreiben?

23.7769 de Quattro. Raschere Rückführungen nach Algerien

In seiner Antwort auf meine Interpellation 23.3885 sagt der Bundesrat, dass Rückführungen auf dem Seeweg aufgrund der Sonderflüge nicht in Frage kommen. Sollte der Bundesrat insbesondere aufgrund der Anstiegs der hängigen Fälle nicht auch solche Lösungen in Betracht ziehen?

23.7771 Steinemann. Immer mehr Straffälle: Proportionen zum Bevölkerungswachstum und Gewinner des Mehraufwandes

Über 500'000 neue Fälle landeten 2022 auf den Tischen der Staatsanwälte. Das übertrifft deren Kapazitäten, in der Folge blieben mehr als 113'000 Fälle liegen. Wie haben sich die Anzeigen, wie die Verurteilungen in Relation zum Bevölkerungswachstum entwickelt?

Und wie haben sich die Stellen in der Schweizer Justiz diesbezüglich entwickelt?

Mehr und längere Dauer der Ermittlungsarbeit:

Führt dies zu mildernden Urteilen oder gar zu Verjährungen?

23.7772 Fluri. Familien- und kindergerechte Lösungen bei humanitären Visa

In seiner Antwort auf meine Ip. 23.3922 weist der Bundesrat darauf hin, dass unbegleitete Jugendliche und Kinder für die Dauer des Asylverfahrens in Bundesasylzentren (BAZ) untergebracht werden, obwohl sie Verwandte in der Schweiz haben.

Wäre es nicht im Sinne der Kinder und Jugendlichen, die Unterbringung bei Verwandten vorzuziehen?

23.7779 Schwander. Welche Hebel hat die Schweiz gegenüber Staaten, die sich weigern Rücknahmeabkommen zu unterschreiben?

- Welche Möglichkeiten hat der Bundesrat, um Druck auf Länder aufzubauen, welche sich weigern ein Rückübernahmeabkommen mit der Schweiz zu unterzeichnen?

- Welche konkreten Massnahmen, zum Beispiel im Bereich Wirtschaft, politischer Druck oder bilateraler Zusammenarbeit, sieht der Bundesrat als Möglich oder unmöglich an?

- Wurden solche Versuche unternommen?

23.7780 Steinemann. Prüfung der Aufenthaltstitel von regimetreuen Migranten aus Eritrea

Immer öfters kommt es in der Schweiz und in Europa zu Gewalt zwischen Asylbewerbern aus Eritrea - und der Polizei. Regelmässig handelt es sich offensichtlich bei einer Gruppierung um regimetreue Eindringlinge.

Werden bei dieser Gruppe die den Aufenthalt begründenden Erwägungen, wie bspw. Flucht vor dem Regime, überprüft und evtl. unter falschen Angaben erschlichene Aufenthaltstitel aufgehoben?

23.7782 Steinemann. Einfacherer Entzug von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung

Eine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung kann widerrufen werden, wenn jemand erheblich oder wiederholt bzw. schwerwiegend gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung verstossen hat, diese gefährdet oder die innere oder äussere Sicherheit gefährdet. Ein Asylwiderruf ist grundsätzlich möglich, wenn ein Flüchtling für ein Verbrechen mit einer Strafandrohung von mindestens drei Jahren rechtskräftig verurteilt wird.

Ist der BR gewillt die Hürde für einen Entzug dieser Bewilligung zu senken?

23.7785 Aeschi Thomas. Wer sind die Unruhestifter des eritreischen Festivals vom 2. September 2023 in Opfikon ZH?

In Giessen, Deutschland, wo es ebenfalls zu Ausschreitungen gekommen ist, hat ein Landtagsabgeordneter betont, dass es sich bei den Gegendemonstranten «wahrscheinlich nicht» um eritreische Oppositionelle handle, sondern um gewaltbereite Gruppen unter Führung der aus Tigray stammenden «Brigade N'Hamedu».

- Ist diese Brigade in der Schweiz bekannt?
- Steht der Bundesrat diesbezüglich in Kontakt mit den deutschen Behörden?
- Ist es möglich, dass Äthiopier in die Schlägerei verwickelt sind?

23.7786 Aeschi Thomas. Afghaninnen kommen nun aus sicheren Drittstaaten in die Schweiz, weil sie hier mehr Geld als z.B. in der Türkei erhalten. Ist das der Wille des Gesamtbundesrates?

Vor kurzem hat das SEM seine Praxis geändert und stuft afghanische Frauen als «besonders schützenswerte» Gruppe ein. Das bedeutet, dass Afghaninnen grundsätzlich Anrecht auf Asyl und eine B-Bewilligung haben.

- An welchem Datum wurde dieser Entscheid getroffen?
- Unterstützt der Gesamtbundesrat diesen Entscheid?
- Will der BR tatsächlich, dass Afghaninnen, die heute in sicheren Drittstaaten wie z.B. der Türkei leben, für einen Asylantrag in die Schweiz weiterreisen, weil sie hier mehr Geld erhalten?

23.7788 de Quattro. Zentralisierte, anstatt dezentralisierte Lösungen im Asylsystem

In seiner Stellungnahme zu meiner Motion 23.3886 listet der Bundesrat die zahlreichen Aufgaben auf, die von verschiedenen Gremien wahrgenommen werden.

Die Asylsituation auf der Welt spitzt sich immer mehr zu.

Kann der Sonderstab Asyl (SONAS) diese Herausforderungen langfristig bewältigen, oder ist sein Ziel nur, die Lage im Kontext des laufenden russischen Angriffskriegs zu stabilisieren?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

23.7621 Schlatter. In Frankreich wurde das Iphone 12 temporär vom Markt genommen wegen zu hoher Strahlungswerte. Will die Schweiz weiterhin auf eine Kontrolle verzichten?

In der Antwort auf die IP 23.3905 schreibt der Bundesrat, dass in der Schweiz keine behördliche Stelle eine Marktaufsicht bezüglich der Einhaltung der Strahlungsnormen (SAR-Werte) für Mobiltelefone ausübt.

Prüft auch bei solchen eindeutigen Hinweisen aus dem Ausland keine Stelle des Bundes die Einhaltung der SAR-Werte?

Ist der Bundesrat noch immer der Ansicht, dass es keine Kontrolle braucht, bzw. dass ausgeschlossen werden kann, dass die Gesundheit der Bevölkerung gefährdet ist?

23.7624 Imboden. Wie hoch sind die volkswirtschaftlichen Schäden des Biodiversitätsverlusts?

Der Bundesrat gab in seiner Antwort auf meine Frage 23.7187 an, die gesamtwirtschaftlichen Kosten einer ungebremsten Klimaerwärmung in der Schweiz könnten jährlich bis zu 4 Prozent des BIP resp. 38 Milliarden Franken betragen, bis 2050.

- Wie hoch schätzt er die jährlichen volkswirtschaftlichen Kosten für einen ungebremsten Biodiversitätsverlust bis 2050?

- Welche Teilbereiche wären betroffen und wie hoch wären dort die jeweiligen Kosten?

23.7625 Imboden. Kaufkraft erhalten durch Stromsparmassnahmen: Was planen Bund, Kantone, Gemeinden und Wirtschaft?

Vor einem Jahr hat der Bund zusammen mit der Wirtschaft eine Stromsparkampagne lanciert. Die Schweiz hat im letzten Winter 15 Prozent beim Gas, etwas weniger beim Strom gespart.

Welche Massnahmen plant der Bund für den Winter 2023/2024 um Wirtschaft und Private zum Energiesparen zu motivieren?

Welche Massnahmen sind von den Kantonen geplant?

Wie werden die Aktivitäten von Gemeinden und Kantonen koordiniert um einen Flickenteppich zu verhindern (z.B. Einschränkung Nachtbeleuchtung Schaufenster)

23.7627 Feller. Plangenehmigungsgesuche für Eisenbahnanlagen: Einhaltung der Behandlungsfristen durch den Bund

Nach Artikel 8 der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für Eisenbahnanlagen gelten für Plangenehmigungsgesuche in der Regel die folgenden Behandlungsfristen:

- 12 Monate für das ordentliche Plangenehmigungsverfahren;
- 18 Monate, wenn Enteignungen erforderlich sind;
- 4 Monate für das vereinfachte Plangenehmigungsverfahren.

Wie hoch ist in jedem dieser drei Verfahren der Anteil der Gesuche, die in den letzten drei Jahren fristgerecht bearbeitet wurden?

23.7639 Matter Thomas. SRG-Propaganda gegen die Volksinitiative "200 Franken sind genug!"

Innerhalb der SRG wurden kürzlich Kadertagungen durchgeführt, die dem Thema gewidmet waren, wie, mit welchen Argumenten und welchen Massnahmen man der SRG-Initiative "200 Franken sind genug!" den Wind aus den Segeln nehmen könne. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die zwangsgebührenfinanzierte SRG in den kommenden Jahren ihre Monopolstellung nicht dazu missbraucht, um vor und hinter der Kamera Propaganda gegen die SRG-Initiative zu machen?

23.7642 Schläpfer. WEA in der Schweiz produzieren 2/3 ihres Stroms im Winterhalbjahr

Das BFE erklärt auf seiner Homepage unter 'Winenergie', dass die WEA in der Schweiz 2/3 ihres Stroms im Winterhalbjahr produziert würden. Ein Link dazu fehlt.

- Wie kommt das BFE auf dies 2/3?
- Können diese Daten für die letzten 10 Jahre offengelegt werden?
- Wie gross ist der Unterschied des Anteils der Wind-Winterenergie von Jahr zu Jahr über die letzten zehn Jahre?

23.7643 Schläpfer. Ungenügende Leitungen zum Einspeisen des Solarstroms

Ich erfahre immer wieder von Unternehmern, welche eine grosse Solaranlage auf ihren Fabriken planen, dass die erforderlichen Leitungen zum Einspeisen des Solarstroms nicht genügend ausgelegt sind. Diese Unternehmer müssten dann den Ausbau der Einspeiseleitungen selbst bezahlen, was Kosten von meistens über Fr. 100'000.- generiert und verzichten dann auf die Solaranlage.

Könnten aus dem Topf für den Solarexpress solche Einspeiseleitungen bezahlt werden?

23.7644 Imboden. Wie hoch ist das Potential von signalisierten Mitfahrgemeinschaften in der Praxis?

Gemäss Bundesrat (Frage 23.7513) können Fahrgemeinschaften nicht nur Umwelt- und Verkehrsbelastungen reduzieren, sondern auch finanzielle Ersparnisse ermöglichen. Seit anfangs 2023 ist die Tafel 5.43 "Mitfahrgemeinschaft" im Einsatz.

- Wie hoch ist das Potential für die neue Signalisierung? Ist das Signal bereits im Einsatz?
- Wie viele Strassenkilometer sind geplant?
- Werden Autobahnen (je eine Spur pro Richtung) neu mit dem Signal ausgerüstet?
- Welche Begleitmassnahmen sind geplant, z.B. App, etc.?

23.7645 Wyss. Tigermücken und Dengue-Fieber

Die Tigermücke und damit auch die gesundheitlichen Gefahren breiten sich immer mehr aus. In der Schweiz ist kein Impfstoff zugelassen (anders als in der EU). Abgesehen von kantonalen Informationsschreiben an die betroffene Bevölkerung über Verhaltensweisen scheint - zumindest politisch - wenig zu laufen.

- Wie schätzt der BR die Gefahr für die Bevölkerung ein?
- Setzt sich der BR für eine raschere Zulassung des Impfstoffes ein?
- Hält der BR weiterhin an der Beantwortung des Postulates 22.4018 fest?

23.7647 Töngi. Hat der Bundesrat seine Hoffnungen noch nicht aufgegeben, eine Marktaufsicht zu finden?

Gemäss 23.3905 hat der Bundesrat 2020 eine Arbeitsgruppe eingesetzt um zu klären, welche Behörde für die Marktüberwachung von Mobiltelefonen bezüglich ihrer NIS Aspekten zuständig sei. Die Arbeiten sind heute noch nicht abgeschlossen.

- Ist es üblich, dass für eine solche Aufgabe eine interdepartementale Arbeitsgruppe eingesetzt werden muss?
- Ist das Tempo dieser Arbeiten normal?
- Bis wann kann mit Resultaten gerechnet werden?

23.7648 Bourgeois. Proaktive Regulierung von Wölfen

Wie schätzt der Bundesrat die zukünftige Entwicklung der Wolfsbestände ein, falls diese nicht proaktiv reguliert werden?
Welche Folgen hätte dies für die Alpwirtschaft und die Landwirtschaft?

23.7652 Ritter. Wolfsbestände - wohin führt der Weg?

Der Entwurf zur Änderung der Jagdverordnung sieht vor, die Anzahl der Rudel begrenzen zu können.

Kann der Bundesrat mitteilen, wie sich die Wolfspopulationen in den letzten Jahren entwickelt haben und mit welcher Anzahl Rudeln in drei Jahren ohne präventive Regulierung zu rechnen ist?

23.7655 von Siebenthal. Umsetzung Jagdgesetz

Die Situation Grossraubtiere ist für die Alpwirtschaft unerträglich, eine rasche massive Senkung der Bestände ist unumgänglich.

- Wie stellt das BAFU mit den Kantonen sicher, dass im Dezember 2023 und Januar 2024 eine erfolgreiche Wolfs-Regulierung stattfindet?
- Wo stehen wir in den Vorbereitungen damit diese erfolgreich wird?

23.7661 Müller Leo. Wolfsschäden: Wer haftet?

Man weiss, dass die Wolfpräsenz kollaterale negative Effekte bewirkt. Herdenschutzhund stellen neue Gefahren für Wanderer, insbesondere mit Begleithunden dar und Rindviehherden können aggressiv gegenüber Dritten reagieren. Wie können die Halter von Herdenschutzhunden aber auch von Rindvieh vor Haftpflichtansprüchen Dritter, insbesondere Passanten / Wanderern mit Begleithunden geschützt werden?

23.7670 Feller. In der Schweiz den globalen Risiken der künstlichen Intelligenz (KI) begegnen

Der UNO-Generalsekretär, der britische Premierminister, die Präsidentin der Europäischen Kommission und verschiedene namhafte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben kürzlich erklärt, dass der Umgang mit den womöglich verhängnisvollen Risiken der KI (Unfälle in kritischen Infrastrukturen, politische Destabilisierung usw.) von globaler Dringlichkeit sein sollte.

- Teilt der Bundesrat diese Meinung?
- Sind die in der Antwort auf die Interpellation 23.3516 aufgeführten Massnahmen wirklich ausreichend?

23.7673 Lohr. Autonome Benutzbarkeit Eisenbahnfahrzeuge

BR Röstli hat in der Debatte zum Eisenbahngesetz ausgeführt, dass die Rechte auf eine autonome Benutzbarkeit der Züge durch Menschen mit Beeinträchtigungen vollumfänglich auch mit der neuen Lösung berücksichtigt werden können. Heute gehören zur Gewährleistung der autonomen Benutzbarkeit auch Praxistests, welche durch das BAV durchgeführt werden (siehe Tagesschau) müssen. Dies ist beim FV-Dosto aktuell der Fall. Die Praxistests prüfen, ob man mit Behinderungen bei Hindernisabfolgen auch tatsächlich in den Zug gelangen kann.

Werden solche Praxistests zur Prüfung der autonomen Benutzbarkeit wie beim Dosto mit dem neuen Eisenbahngesetz weiterhin durchgeführt und wenn ja von wem?

23.7674 von Siebenthal. Finanzen für Wolfs-Notmassnahmen

Im 2023 wurden 4 Millionen Franken zusätzlich für Notmassnahmen wegen dem Wolf freigegeben. Ende Mai, war dieses Budget ausgeschöpft. Im laufenden Jahr mussten weitere 3 Millionen Franken aufgewendet werden.

Wieso hat der Bundesrat vor dem Hintergrund der aktuellen Wolfsproblematik und in Kenntnis der Bedürfnisse für den zusätzlichen Herdenschutz das Budget 2024 für die Finanzierung dieser Notmassnahmen nicht erneut höher angesetzt?

23.7680 Cattaneo. Garantie der ganzjährigen Befahrbarkeit des Gotthardpasses

Gegenwärtig ist der Gotthardpass während mind. 200 Tagen im Jahr gesperrt. Besteht dort also während mehr als 200 Tagen Lawinengefahr?

Laut dem ASTRA müssten 300 Millionen Franken investiert werden, damit der Gotthard im Winter sicher befahrbar wäre. Hingegen wären laut Bundesrat Röstli 300 Millionen nur schon nötig, um die Sperrung des Passes von 210 auf 150 Tage zu beschränken.

Welche Aussage stimmt?

Wie teuer kommt die Tunnelschliessung der Wirtschaft und der Gesellschaft pro Tag zu stehen, an dem der Pass gesperrt ist?

23.7683 Regazzi. Pheromon-Halsbänder zum Schutz gegen Wolfsangriffe: Stellt sich das BAFU taub?

Kürzlich wurde über Versuche berichtet, bei denen Herden mit speziellen Halsbändern mit Pheromonen ausgestattet wurden. Die Versuche waren erfolgreich. Der Bund hatte sein Interesse bekundet, das (schweizerische) Projekt zu unterstützen, doch seither hat es keine weiteren Entwicklungen mehr gegeben. Der französische Staat hingegen hat angekündigt, das Pilotprojekt zu finanzieren.

Ich frage den Bundesrat:

- Beabsichtigt er, dieses interessante Projekt finanziell zu unterstützen?
- Auf welche Weise beabsichtigt er, das Projekt bei den Kantonen bekannt zu machen?

23.7685 Molina. Sozialpartnerschaftliche Lösungen im Europa-Dossier auch beim öffentlichen Verkehr?

Am 29.03.23 hat der Bundesrat über das Vorgehen im Hinblick auf ein Verhandlungsmandat mit der EU kommuniziert. Bis zur Verabschiedung eines Mandats sollen die Sozialpartner zur innenpolitischen Umsetzung einbezogen werden.

- Werden die Sozialpartner auch bezüglich der möglichen Öffnung des internationalen Personenverkehrs und der Umsetzung des Landverkehrsabkommens einbezogen?
- Wie wird der Schutz der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Verkehr gewährleistet (Stichwort Risikoanalyse des BAV)?

[23.7686](#)**Walliser. Wie steht das WBF zum VTS-bedingten, faktischen Importverbot für nicht für die EU gebauten Fahrzeuge?**

Aus volkswirtschaftlicher Perspektive schadet dieses Importverbot der Schweizer Wirtschaft, gefährdet KMU und Arbeitsplätze. Weiter benachteiligt es Schweizer gegenüber EU- Bürgern, da die EU (z.B. in D) diese Verordnung liberal und mit Ausnahmen im Vollzug umsetzt.

- Wie verhindert das WBF, dass die geplante restriktive Schweizer Umsetzung nicht über den Vollzug unserer Nachbarländer hinausgeht?
- Wie setzt sich das WBF für eine massvolle Umsetzung ein, die weder Wirtschaft noch Bürgern schadet?

[23.7687](#)**Walliser. Faktischer Importstopp von Fahrzeugen ausserhalb der EU durch die laufende Teilrevision der VTS?**

Wie will der Bundesrat und das UVEK sicherstellen, dass

- es zu keinem faktischen Importstopp aus Drittmärkten kommt, der die Vertragsbeziehungen mit wichtigen Handelspartnern wie z.B. USA, China untergräbt?
- es zu keinem Verlust von Arbeitsplätzen aufgrund des entfallenden Imports und Aftersales-Geschäfts bzw. daraus resultierenden Einbussen bei den Wirtschaftsakteuren führt?
- es nicht zu einem Importrückgang von Elektrofahrzeugen führt und folglich die Sortiments- und Wahlfreiheit eingeschränkt wird?

[23.7689](#)**Walliser. Verordnungsvernehmlassung VTS - wie schätzt das EFD die Steuerausfälle ein?**

Es ist vorgesehen, dass Fahrzeuge die nicht für die EU gebaut wurden, nicht mehr in der Schweiz zugelassen werden können.

- Würde eine massvolle Umsetzung wie dies bspw. Die EU in Deutschland vollzieht nicht zu weniger Steuerausfällen führen?
- Wie gross schätzt das EFD bei der restriktiven Vernehmlassungsvariante die direkten und indirekten Steuerausfälle ein (MWST, Automobilsteuer, Steuerausfälle bei KMU, Treibstoffmindereinnahmen usw)?

[23.7690](#)**Walliser. Verordnungsänderungen VTS Vernehmlassung - Auswirkungen auf die Handelsbeziehungen unserer wichtigsten Wirtschaftspartner?**

Die geplanten VTS-Änderungen führen zu einem faktischen Importverbot für Fahrzeuge, die nicht für die EU gebaut wurden.

- Sieht das EDA darin kein Konfliktpotential bspw. mit den USA, China und Kanada, welche davon betroffen sind?
- Könnte dies nicht zu Retorsionsmassnahmen führen?
- Wäre aus Sicht des EDA nicht der im Vollzug liberale Ansatz der EU zu wählen?

[23.7695](#)

Büchel Roland. Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge VTS - welches sind die Auswirkungen auf die Handelsbeziehungen mit unseren wichtigsten Wirtschaftspartnern?

Die geplanten VTS-Änderungen würden faktisch zu einem Importverbot für Fahrzeuge führen, welche nicht für den EU-Markt gebaut worden sind.

- Sieht der Bundesrat ein mögliches Konfliktpotential, z.B. mit den USA, China oder Kanada, welche davon betroffen sind?
- Könnten solche Handelshemmnisse zu Retorsionsmassnahmen führen?
- Welches sind die Vorteile des «liberalen» EU-Ansatzes aus marktwirtschaftlicher Perspektive?
- Wäre nicht der Ansatz der EU vorteilhafter, anstatt neue Handelshemmnisse zu schaffen?

[23.7701](#)

Glarner. Verordnungsänderungen VTS Vernehmlassung - Auswirkungen auf die Handelsbeziehungen unserer wichtigsten Wirtschaftspartner?

Die geplanten VTS-Änderungen führen zu einem faktischen Importverbot für Fahrzeuge, die nicht für die EU gebaut wurden.

- Wie beurteilt das EDA das mögliche Konfliktpotential mit den betroffenen Ländern wie USA, China und Kanada?
- Wie beurteilt das EDA die Gefahr von allfälligen Retorsionsmassnahmen?
- Wäre aus Sicht des EDA nicht der im Vollzug liberale Ansatz der EU zu wählen?

[23.7703](#)

Glarner. Verordnungsvernehmlassung VTS - wie schätzt das EFD die Steuerausfälle ein?

Gemäss der Verordnungsvernehmlassung VTS ist vorgesehen, dass Fahrzeuge, die nicht für die EU gebaut wurden, nicht mehr in der Schweiz zugelassen werden können.

- Wie hoch schätzt das EFD bei der restriktiven Vernehmlassungsvariante die direkten und indirekten Steuerausfälle ein (MWST, Automobilsteuer, Steuerausfälle bei KMU, Treibstoffmindereinnahmen usw.)?
- Würde eine massvolle Umsetzung wie dies bspw. die EU in Deutschland vollzieht nicht zu weniger Steuerausfällen führen?

[23.7720](#)

Glarner. Ausnahmeregelungen zu den VTS, was plant das UVEK und der Bundesrat?

Die Änderung der VTS kann zu einem faktischen Importstopp von Fahrzeugen ausserhalb der EU führen.

- Ist der Bundesrat bereit, für solche Fahrzeuge eine Ausnahmeregelung analog den heutigen Weisungen zur Befreiung von der Typengenehmigung zu erlassen, um so den langjährigen Vertrauensschutz & die Gleichbehandlung von Schweizer Wirtschaftsakteuren mit z.B. Deutschland (wo eine solche Regelung gilt) zu gewährleisten?
- Falls nein, wie rechtfertigt er den Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit?

23.7727 Reimann Lukas. Ausnahmeregelungen zu den VTS: Was planen UVEK und Bundesrat?

Die Änderung der VTS kann zu einem faktischen Importstopp von Fahrzeugen ausserhalb der EU führen.

- Ist der Bundesrat bereit, für solche Fahrzeuge eine Ausnahmeregelung analog den heutigen Weisungen zur Befreiung von der Typengenehmigung zu erlassen, um so den langjährigen Vertrauensschutz und die Gleichbehandlung von Schweizer Wirtschaftsakteuren mit z.B. Deutschland (wo eine solche Regelung gilt) zu gewährleisten?
- Falls nein, wie rechtfertigt er diesen Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit?

23.7733 Reimann Lukas. Faktischer Importstopp von Fahrzeugen ausserhalb der EU durch die laufende Teilrevision der VTS?

Wie will der Bundesrat und das UVEK sicherstellen, dass

- es zu keinem faktischen Importstopp aus Drittmärkten kommt, der die Vertragsbeziehungen mit wichtigen Handelspartnern wie z.B. USA, China, Kanada untergräbt?
- es zu keinem Verlust von Arbeitsplätzen aufgrund des entfallenden Imports und Aftersales-Geschäfts bzw. daraus resultierenden Einbussen bei den Wirtschaftsakteuren führt?

23.7735 Reimann Lukas. VTS; faktisches Importverbot für Fahrzeuge, die nicht für die EU gebaut wurden - wie stellt das WBF sicher, dass die Märkte offen bleiben?

Die vom Bundesrat vorgesehene VTS Vernehmlassung lässt faktisch Auto Importe, die nicht für die EU gebaut wurden, nicht mehr zu.

- Wie stellt das WBF sicher, dass die Märkte trotzdem offen bleiben?
- Führt die Ausdünnung, der nicht für die EU vorgesehenen Fahrzeuge nicht zu weniger Wettbewerb und steigenden Preisen?
- Wer kann preisdisciplinierend wirken, wenn Bürger und KMU solche Importe nicht mehr tätigen?

23.7781 Bregy. Wie steht das WBF zum VTS-bedingten, faktischen Importverbot für nicht für die EU gebauten Fahrzeuge?

Aus volkswirtschaftlicher Perspektive schadet dieses Importverbot der Schweizer Wirtschaft, gefährdet KMU und Arbeitsplätze. Weiter benachteiligt es Schweizer gegenüber EU-Bürgern, da die EU (z.B. in D) diese Verordnung liberal und mit Ausnahmen im Vollzug umsetzt.

Wie verhindert das WBF, dass die geplante restriktive Schweizer Umsetzung nicht über den Vollzug unserer Nachbarländer hinausgeht und setzt sich das WBF für eine massvolle Umsetzung ein, die weder Wirtschaft noch Bürgern schadet?

23.7691 Fluri. Ist die Vorprüfung durch das BAV im Plangenehmigungsverfahren (PGV) wirklich nötig ?

Die Planung und Projektierung von Bahnprojekten ist in unserem dicht besiedelten und intensiv genutzten Land anforderungsreich und langwierig. Die Transportunternehmen sind es gewohnt, gleich von Beginn weg sorgfältig vorzugehen und sämtliche, auch die rechtlichen Aspekte miteinzubeziehen.

Wäre es deshalb nicht sinnvoll, auf die Vorprüfung des PGV zu verzichten und damit das Verfahren zu vereinfachen - umso mehr, als die erhoffte Verfahrensbeschleunigung nicht feststellbar ist.

23.7692 Weichelt. Handlungsbedarf bei Nährstoffeinträgen in Gewässern - wo?

Der Bundesrat schreibt auf meine Frage 23.7436 "Längerfristig die wichtigsten Massnahmen, um Blaualgen in den Seen zu reduzieren, sind die Eindämmung der Klimaerwärmung und die Reduktion der Nährstoffeinträge wie Stickstoff und Phosphor".

- In welchen Politikbereichen kann er seit dem Jahr 2000 Reduktionen der Nährstoffeinträge vorweisen?
- Wie lassen sich diese quantifizieren/vergleichen?
- In welchen Bereichen besteht Handlungsbedarf?
- Wie lässt sich dieser quantifizieren/vergleichen?

23.7693 Weber. Flugzeuge der Zukunft: Warum müssen Testflüge im Ausland durchgeführt werden?

Am 20. Juni 2023 zeigte RTS in der Sendung "19h30" einen Bericht über ein Flugzeug mit Wasserstoffantrieb, für das der Testflug in Deutschland stattfinden musste - und das obwohl das Unternehmen, das es entwickelt, am Flughafen Payerne ansässig ist. Warum konnte der Testflug nicht in der Schweiz durchgeführt werden und so zum Ruf der Schweiz als Innovationsstandort beitragen?

23.7707 Porchet. Sehbehinderte Menschen vs. Trams: ein ungleicher Kampf?

Tramschienen stellen für sehbehinderte oder blinde Menschen eine grosse Herausforderung dar und bergen ein hohes Sturzrisiko. Ausserdem gehen die Schienen und die Leitlinien am Boden oft ineinander über und die Trams haben Vorrang vor allen anderen, die den öffentlichen Raum benützen.

Wie lässt sich das mit der Pflicht vereinbaren, diese Bereiche für sehbehinderte oder blinde Menschen anzupassen, die diese Fahrzeuge nicht sehen (und oft auch nicht hören) kommen?

23.7715 Pasquier-Eichenberger. PFAS, finanzielle Vorkehrungen der multinationalen Unternehmen und Vorsorgeprinzip

Gemäss einer Studie der University of California sollen die Unternehmen DuPont und 3M, die beide PFAS herstellen, verschleiert haben, wie höchst toxisch ihre Produkte sind. Nach den Schätzungen von CreditSights, einer im Finanzbereich tätigen Analysefirma, könnten Streitigkeiten im Zusammenhang mit den PFAS 3M mehr als 140 Milliarden Dollar kosten. Angesichts der letzten veröffentlichten Informationen muss unbedingt das Vorsorgeprinzip angewendet werden.

- Ist der Bundesrat bereit, den Verkauf und die Verbreitung dieser Produkte vorläufig zu stoppen?
- Falls nein, warum nicht?

23.7717 Moser. Staatliche Finanzflüsse biodiversitätsfreundlich ausrichten

Auf mein Postulat 20.3897 antwortet der Bundesrat, dass er eine Entwicklung hin zu biodiversitätsfreundlichen Finanzflüssen begrüsse. Deshalb arbeite das BAFU an der Erweiterung des ENCORE-Tools, mit dem Investoren in Zukunft den Grad der Ausrichtung der Finanzflüsse auf die internationalen Biodiversitätsziele feststellen können. Plant der Bundesrat, für alle seine innerstaatlichen Finanzflüsse entsprechende Richtlinien einzuführen, damit die Biodiversität ausreichend berücksichtigt wird?

23.7728 Bühler. Anarchisten-Kongress. Kosten für die SBB

Der Anarchisten-Kongress im Juni 2023 in Saint-Imier hatte zur Folge, dass der Bahnverkehr der SBB aus Sicherheitsgründen unterbrochen wurde und Ersatzbusse zum Einsatz kamen.

Wie hoch waren die Kosten für die SBB?

Stimmt es, dass den Organisatorinnen und Organisatoren eine Rechnung geschickt wurde und falls ja, über welchen Betrag?

Wurde die Rechnung bezahlt?

Welche Massnahme wird ergriffen, falls die Rechnung nicht bezahlt wird?

23.7738 Regazzi. Die Post will die 12.30-Uhr-Grenze für die Zustellung von Zeitungen aufheben: Was sagt der Bundesrat dazu?

Der Konzernleiter der Post teilte kürzlich mit, dass die Post die 12.30-Uhr-Grenze für die Zustellung von Tageszeitungen aufheben wolle. Diese Dienstleistung sei nicht mehr gefragt.

Ich frage den Bundesrat:

1) Worauf stützt sich diese Angabe?

2) Ist der Bundesrat mit dieser Aussage einverstanden?

3) Ist der Bundesrat nicht der Meinung, dass durch eine solche Entscheidung ein grosser Teil der Bevölkerung (z. B. ältere Menschen) diskriminiert wird und gleichzeitig die Printmedien, die schon in Schwierigkeiten sind, gestraft werden?

23.7741 Egger Kurt. Interessenskonflikt in der Arbeitsgruppe Verpackungsanlagen geologisches Tiefenlager (AG VAg TL) Würenlingen

Patrick Zimmermann, Gemeindeammann Würenlingen, ist Mitglied der neugegründeten Arbeitsgruppe Verpackungsanlage Würenlingen. Patrick Zimmermann ist gleichzeitig Ressortleiter bei der Nagra. Das BFE ist ebenfalls Mitglied der Arbeitsgruppe.

- Erkennt der Bundesrat in der Mitgliedschaft von Kaderangestellten der Nagra in der Arbeitsgruppe Verpackungsanlage Tiefenlager nicht einen Interessenkonflikt?

- Welche Richtlinien gibt es dazu?

23.7745 Brenzikofer. Aufnahme von PFAS-spezifische Werte in der Altlasten-Verordnung: Was ist der Zeitplan?

In seiner Stellungnahme zu meinem Postulat 23.3804 schreibt der Bundesrat: «Aktuell wird in Erfüllung der Motion 22.3929 Maret «Festlegung von PFAS-spezifischen Werten in Verordnungen» geprüft, welche Werte für Per- und Polyfluorierten Alkylverbindungen (PFAS) in die AltIV aufzunehmen sind».

Bis wann werden diese Werte ermittelt, in der Verordnung aufgenommen und publiziert?

23.7746 Trede. Massnahmen und Aktionspläne für die Biodiversität in der Bundesverwaltung

Der Bundesrat antwortete auf meine Frage 23.7553 bezüglich eines «Biodiversitätspakets Bundesverwaltung», im Rahmen der Umsetzung des Aktionsplanes Biodiversität seien spezifische Massnahmen für die öffentliche Hand zu vertiefen.

- Was für «spezifische» Massnahmen spricht der Bundesrat hier an?

- Das VBS hat einen «Aktionsplan Biodiversität» publiziert - planen weitere Departemente und Ämter Aktionspläne?

Wenn ja, bis wann?

Wenn nein, warum nicht?

23.7747 Fivaz Fabien. Stickstoffeinträge in die Fliessgewässer: Ziele und Massnahmen

In seiner Antwort auf die Frage 23.7532 nannte der Bundesrat die Zahlen zur Reduktion der Stickstoffeinträge in Fliessgewässer aus den Abwasserreinigungsanlagen (ARA) und aus der Landwirtschaft. Im Bereich der ARA war die Reduktion markanter.

- Warum konnten die Stickstoffeinträge aus den ARA schneller reduziert werden?
- Wie gedenkt der Bundesrat eine rasche und stetige Reduktion auch in der Landwirtschaft zu fördern?
- Welches sind die Ziele des Bundesrates in diesen beiden Bereichen?

23.7758 Imboden. Was sind die Ziele der Schweiz an der 28. UN-Klimakonferenz COP28 in Dubai?

Die nächste UN-Klimakonferenz COP 28 findet vom 30. 11 bis 12. 12 2023 in Dubai statt. Nach der Annahme der Klimaschutzabstimmung im Juni 23 stellt sich die Frage inwiefern sich die Schweiz auch international für eine ambitioniertere und solidarische globale Lösung einsetzt?

Was sind die Ziele der Schweiz bei der COP28?

Wie setzt sich die Schweiz für die Reduktionsziele, das Phasing out bei den Fossilien, die finanzielle Unterstützung der Länder des Südens?

Wie sehen Mandat und Delegation aus?

23.7764 Gugger. Potential sozialer Unternehmen

«In seiner Antwort auf Interpellation 23.3679 erkennt der Bundesrat eine freiwillige Norm für «nachhaltige Unternehmen» als interessanten Ansatz zur Erreichung der SDGs. Sieht er solches Potential auch bzgl. sozialer Unternehmen (vgl. Motion 21.3891)?»

23.7776 Jauslin. Sind gewerbsmässige Flüge nach nationalem Recht zulässig?

Die Antwort auf meine Frage 23.7339 ist erläuterungsbedürftig. Art. 27 LFG gilt für gewerbsmässige Flüge und unterscheidet nicht zwischen Betriebsbewilligungen nach Schweizer oder EU-Recht. Art. 103 Abs. 1 Bst. d verlangt zudem ein Luftverkehrsbetreiberzeugnis.

Gibt es nationale Luftverkehrsbetreiberzeugnisse?

Wie viele?

Vertritt der Bundesrat die Meinung, die Schweiz könne gewerbsmässige Flüge abweichend vom EU-Recht zulassen?

Welche gewerbsmässigen Flüge sind nationalem Recht möglich?

23.7778 Schwander. Neubau Übertragungsleitung Steinen - Etzelwerk

Obwohl beim Neubau Übertragungsleitung Steinen - Etzelwerk die Behörden und die Grundeigentümer von Rothenthurm einstimmig eine alternative Leitungsführung vorschlugen, versteckt sich die SBB hinter Paragraphen und Verfahrensfragen. Andernorts (Galgenen) ziehen Eigentümer von Freileitungen (Swissgrid AG) ihre Gesuche nach jahrelangen Planungen zurück und gehen neue Wege.

Ist der Bundesrat bereit, die jeweiligen Bundesratsbeschlüsse so anzupassen, dass überall die gleichen Regeln gelten?

Departement für auswärtige Angelegenheiten

23.7629 de la Reussille. Humanitäre Katastrophe in Libyen

Eine humanitäre Katastrophe in noch nie dagewesenem Ausmass hat dieses Land getroffen, das schon von mehreren Jahren Bürgerkrieg geschwächt ist. Die schrecklichen Überschwemmungen, die mit grosser Wahrscheinlichkeit durch den Klimawandel und die Erwärmung des Mittelmeers verursacht wurden, hinterlassen wohl mehr als 10 000 Tote und Vermisste.

Sieht der Bundesrat vor, Libyen medizinische Nothilfe und technische Hilfe für den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur zukommen zu lassen?

23.7675 Mettler. Zweite Vertragsstaatenkonferenz UNO-Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW)

Das Parlament hat dem Bundesrat vor fünf Jahren den Auftrag erteilt, dem TPNW beizutreten ([17.4241](#)). Dieser unter Mitwirkung der Schweiz verhandelte Vertrag ist am 22. Januar 2021 in Kraft getreten. Im Juni 2022 fand die erste Vertragsstaatenkonferenz in Wien statt, wo die Schweiz als Beobachterin teilnahm. An der zweiten Vertragsstaatenkonferenz im November 2023 wird die Schweiz wieder als Beobachterin teilnehmen.

Mit welchem Ziel?

Wird die Schweiz vor diesem Datum das TPNW unterzeichnen?

23.7676 Molina. Nicht-Unterzeichnung des TPNW - Konsequenzen für die humanitäre Schweiz?

Das Parlament hat dem Bundesrat vor fünf Jahren den Auftrag erteilt, dem TPNW beizutreten ([17.4241](#)). Die Schweiz hat alle anderen internationalen Waffenverträge unterschrieben und als Standort vieler internationaler Organisationen wie dem IKRK eine besondere Rolle.

Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass ein Nein zum TPNW der Reputation der Schweiz nachhaltig schaden würde und dass dies die gegenwärtige Situation der Ungewissheit bereits tut?

23.7722 Schlatter. Wann hält sich der Bundesrat an das Parlamentsgesetz in Sachen UNO-Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW)?

Das Parlament hat dem Bundesrat vor 5 Jahren den Auftrag erteilt, dem TPNW beizutreten ([17.4241](#)). Die APK-N hat ihn im April 2023 abermals mit grosser Mehrheit dazu aufgefordert. Nach Art. 122 Abs. 1 ParlG muss der Bundesrat der Bundesversammlung jährlich berichten, was er zur Erfüllung einer Motion unternommen hat und wie er sie zu erfüllen beabsichtigt.

Wann hält sich der Bundesrat an das ParlG und erfüllt

a) seine Pflicht aus Art. 122 Abs. 1 ParlG und

b) den Auftrag der Motion [17.4241](#)?

23.7742 Gugger. Wann kommt die Entscheidung bezüglich UNO-Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW)?

Das Parlament hat dem Bundesrat vor fünf Jahren den Auftrag erteilt, dem TPNW beizutreten. Die APK-N hat ihn im April 2023 abermals mit grosser Mehrheit dazu aufgefordert.

Am 27.09.2022 sagte BR Cassis, dass der Bundesrat im Frühjahr 2023 auf die Haltung der Schweiz zum TPNW zurückkommen werde (Po. [22.3800](#)).

Auch der Bericht [23.006](#) vom 03.03.2023 spricht von einem Entscheid im 1. Quartal 2023.

Doch der Bundesrat hat bis heute nicht entschieden.

Wie sieht der Zeitplan aus?

23.7684 Farinelli. Situation in Bergkarabach

- Welche Massnahmen ergreift der Bundesrat, um Aserbaidshan zu überzeugen, die Angriffe auf die Zivilbevölkerung in Bergkarabach zu beenden?
 - Hat der Bundesrat bereits die guten Dienste der Schweiz als aktive Vermittlerin angeboten?
- Wenn nein, wann beabsichtigt er, dies zu tun?

23.7699 Cottier. Welche Rolle soll die Schweiz in Bergkarabach spielen?

Im Zusammenhang mit der Blockade des Latschin-Korridors bestehen seit Monaten Spannungen und in den letzten Tagen hat sich die Lage aufgrund einer aserbaidshanischen Militärintervention gravierend verschlechtert. Die Schweiz hat schon oft ihre guten Dienste zur Verfügung gestellt, um den hochrangigen Dialog zwischen Armenien und Aserbaidshan zu fördern.

Kann sie eine Rolle dabei spielen, die gegenwärtige Krise zu entschärfen, die Rückkehr zum Waffenstillstand sicherzustellen, für die Einhaltung der Genfer Konvention und der Menschenrechtskonvention zu sorgen und auf eine friedliche Lösung hinzuarbeiten?

23.7702 Molina. Krieg um Berg-Karabach: Was tut der Bundesrat für den Frieden und den Schutz der Zivilbevölkerung?

Am 19.09.23 hat Aserbaidshan in Berg-Karabach eine grossangelegte Militäroffensive begonnen. Nach der humanitären Katastrophe durch die monatelange aserbaidshanische Blockade droht nun ein Massaker an der Zivilbevölkerung.

- Was unternimmt der Bundesrat zur Durchsetzung des humanitären Völkerrechts?
- Ist er im Uno-Sicherheitsrat aktiv geworden? Setzt er sich für Sanktionen gegen die Verantwortlichen ein?
- Wie unterstützt er die Zivilbevölkerung?

23.7713 Walder. Verurteilung des Militäreinsatzes Aserbaidshans

- Hat der Bundesrat den Militärangriff Aserbaidshans gegen die Zivilbevölkerung der Republik Arzach öffentlich verurteilt oder beabsichtigt er, dies zu tun?
- Welche Massnahmen ergreift der Bundesrat oder gedenkt er zu ergreifen, um Aserbaidshan dazu zu bewegen, die Angriffe auf die Zivilbevölkerung der Republik Arzach zu beenden?
- Hat der Bundesrat eine aktive Vermittlerrolle der Schweiz angeboten?

23.7753 Müller-Altermatt. Ethnische Säuberung in Berg-Karabach. Wann erwacht der Bundesrat?

Mit der Bombardierung und Vertreibung der Karabach-Armenier hat Aserbaidshan bewiesen, dass es einzig und alleine um die ethnische Säuberung ging. Wann ändert der Bundesrat seine Rhetorik und hört auf, von der "völkerrechtlichen Zugehörigkeit" Berg-Karabachs zu Aserbaidshan zu sprechen?

Wann tritt der Bundesrat wenigstens für das Lebensrecht der Karabach-Armenier ein, nachdem er jahrzehntelang ihr Selbstbestimmungsrecht ignoriert hat?

23.7759 Crottaz. Was kann die Schweiz im UNO-Sicherheitsrat tun, um die Angriffe Aserbaidshans zu verurteilen und der Bevölkerung von Bergkarabach rasch Hilfe zukommen zu lassen?

Bereits seit mehreren Monaten versucht Aserbaidshan die 120 000 christlichen Armenierinnen und Armenier in Bergkarabach mit der Blockierung des Latschin-Korridors auszuhungern. Lebensmittel, Medikamente und Treibstoff sind rationiert. Seit gestern wird Bergkarabach bombardiert. Diese neuen Angriffe, nach jenen von 2020, lassen einen Völkermord befürchten. Es bedarf zwingend einer entschiedenen Verurteilung dieser Angriffe durch den Bundesrat.

23.7698 Brenzikofer. Sexuelle Missbräuche im Umfeld der römisch-katholischen Kirche und die Rolle des päpstlichen Botschafters in der Schweiz

Die Ernennung des Nuntius geht auf eine Praxis zurück, die der Bundesrat vor 70 Jahren formalisierte.

- Ist der Bundesrat bereit, den Nuntius einzuberufen oder andere diplomatische Massnahmen zu ergreifen, um ihn zur Mitwirkung bei der Aufklärung von Straftaten anzuhalten?
- Ist es nach wie vor angezeigt, dass dem Nuntius die Rolle des Doyens des diplomatischen Corps zukommt?

23.7763 Walder. Justizielle und politische Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und dem Heiligen Stuhl

Die Beziehungen der Schweiz zum Heiligen Stuhl sind ausgezeichnet (siehe Internetseite des Bundes). Das zeigt die Eröffnung der ersten Schweizer Botschaft beim Heiligen Stuhl im Jahr 2022.

Können wir daher auf die volle justizielle und politische Zusammenarbeit des Heiligen Stuhls zählen bei allfälligen strafrechtlichen Verfolgungen der schrecklichen pädophilen Vergehen, die in der katholischen Kirche in der Schweiz begangen wurden? Hat unsere Botschaft in diesem Sinn beim Papst interveniert?

23.7734 Prezioso. Schweiz und Somalia

Warum ist Somalia nicht Teil der MENA-Strategie?

Dieses Land leidet stark unter den abweichenden Interessen anderer Länder, darunter das benachbarte Saudi-Arabien, und die Perspektivenlosigkeit ist gross.

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

23.7638 Klopfenstein Brogini. Inwiefern ist die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) an der Evaluation der Strukturverbesserungen beteiligt?

In seiner Antwort auf meine Interpellation 23.3914 hält der Bundesrat fest, dass Begleitgruppen für die Evaluation der Strukturverbesserungen eingesetzt wurden, in denen das Bundesamt für Umwelt und das Bundesamt für Landwirtschaft die Bereiche Ökologie, Agrarökonomie und Produktion und die Konferenz der Landwirtschaftsämter der Schweiz den Bereich Vollzug vertreten.

Wann und wie wird der Bereich Finanzen, zu dem die EFK vor Kurzem einen Bericht über die schädlichen Auswirkungen der Strukturverbesserungen auf die Biodiversität (21300) veröffentlicht hat, einbezogen?

23.7646 Grossen Jürg. Inwiefern hängen Viehzuchtbeiträge von Leistungen im Bereich der Nachhaltigkeit ab?

In seiner Antwort auf meine Frage 21.7498 schreibt der Bundesrat: «Die gemeinsam mit der Branche entwickelte Strategie Tierzucht 2030 zeigt, dass die künftige Ausrichtung der Viehzuchtbeiträge auch von der Leistung im Bereich der Nachhaltigkeit abhängt.»

- Was für Leistungen im Bereich Nachhaltigkeit meint der Bundesrat hier?
- Inwiefern hängt die künftige Ausrichtung der Viehzuchtbeiträge von der Nachhaltigkeit ab?

Und inwiefern ist dies heute noch nicht der Fall?

23.7650 Haab. Vorzeitige Abalpfung wegen dem Wolf

In verschiedenen Regionen gibt es Alpen, die aufgrund ihrer Grösse oder Topographie nicht schützbar sind. Zudem werden frühe Alpbazüge vorgenommen, wenn der Wolfsdruck nicht mehr haltbar ist.

Kann der Bundesrat mitteilen, wie viele Alpen von einer Aufgabe oder einer vorzeitigen Abalpfung betroffen sind?

23.7654 Wasserfallen Christian. Fusion der ETH-Forschungsanstalten zu einer einzigen Rechtspersönlichkeit

Innerhalb des ETH-Bereiches existiert ein Projekt, um die Zukunft der Organisation der ETH-Forschungsanstalten neu aufzustellen. Dabei wird eine Fusion sämtlicher Forschungsanstalten des ETH-Bereichs zu einer einzigen Rechtspersönlichkeit geplant.

- Was sind die Beweggründe dieser Fusion?
- Ist die Fusion der ETH-Forschungsanstalten schon beschlossen?

23.7656 von Siebenthal. Agrarpolitik mit zunehmender Anzahl Burnouts

- Besteht eine Erhebung und Abgleichung der steigenden Zahlen an Burnouts in der Landwirtschaft bei und zwischen den beiden Bundesämtern BAG und BLW?

Wenn ja, wie sehen diese aus?

- Wie gedenkt der Bundesrat und die beiden Bundesämter Menschen und Familien, die direkt davon betroffen sind zu unterstützen?

- Wie und wer organisiert und koordiniert eine effektvolle Burnout-Prävention als Folge des massiven Drucks durch die Entwicklungen der Agrarpolitik als auch der negativen Images des Bauernstands in unserem Land?

23.7663 Feller. Alpbewirtschaftung: Beeinträchtigungen aufgrund der Präsenz des Wolfes in gewissen Regionen.

In der Schweiz verbringt ein guter Teil des Viehs (Kühe, Schafe, Ziegen usw.) den Sommer auf der Alp. Doch aufgrund der Gefahren, die die Präsenz des Wolfes birgt, muss das Vieh in gewissen Regionen früher als gewohnt ins Flachland zurückkehren. Und einige Alpen werden gar nicht mehr bewirtschaftet.

Hält der Bundesrat diese Situation für akzeptabel?

Welche Folgen hat dies für das Berggebiet?

23.7665 Python. Welche Auswirkungen hat die Rückerstattung der Mineralölsteuer für Pistenfahrzeuge auf die Biodiversität?

Im Juni 2022 beauftragte der Bundesrat das WBF, in seiner Untersuchung die Auswirkungen mitzuberücksichtigen, die die Rückerstattung der Mineralölsteuer für schwere Fahrzeuge, die in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Tourismus eingesetzt werden, auf die Biodiversität hat.
Was ist der Stand dieser Untersuchung?

23.7666 Python. Wie ist die Rückerstattung der Mineralölsteuer für Pistenfahrzeuge mit dem Klimagesetz vereinbar?

In der Stellungnahme zu meiner Interpellation 23.3184 zur Subventionierung von Pistenfahrzeugen teilte der Bundesrat mit, dass eine Reihe von Untersuchungen in Angriff genommen worden sei, um die Vereinbarkeit dieser Art der Subventionierung und unseren Verpflichtungen für den Klimaschutz zu prüfen.
Welche Resultate haben die Untersuchungen des WBF ergeben?
Ist die Rückerstattung mit den Zielen des am 18. Juni 2023 angenommenen Klimagesetzes noch vereinbar?

23.7679 Baumann. Schweizerisches Konsumentenforum KF: Konsumentenorganisation oder Sprachrohr der Wirtschaft?

- Versteht der Bundesrat das KF angesichts der marginalen Mitgliederzahl und des Übergewichts der Wirtschaftsverbände als Kollektivmitglieder noch als Konsumentenorganisation?
- Erachtet er dessen Stellungnahmen als objektive und fachgerechte Information im Sinne der Konsumenten?
- Erachtet er die im KIG formulierten Grundsätze für Finanzhilfen an Konsumentenorganisationen für ausreichend und im Falle des KF das Kriterium der gesamtschweizerischen Bedeutung noch als erfüllt?

23.7705 Python. Stickstoff: Die Belastbarkeitsgrenze der Ökosysteme wird zu oft überschritten. Was gedenkt der Bundesrat zu tun?

Um die Resilienz der Ökosysteme langfristig zu gewährleisten, kündigte der Bundesrat in seiner Antwort auf die Motion 22.3795 an, dass er auf Verordnungsstufe zusätzliche Massnahmen ergreifen könne, um die festgelegten Ziele zu erreichen. Aufgrund der Annahme der Motion wird das Ziel zur Verringerung der Nährstoffverluste gesenkt.
Was wird der Bundesrat tun, um sicherzustellen, dass die Stickstoffeinträge in empfindliche Ökosysteme so schnell wie möglich reduziert werden?

23.7714 Walder. Bomben auf die armenische Zivilbevölkerung finanziert mit Schweizer Geld?

Das aserbaidshanische Staatsunternehmen Socar, das Verbindungen zur Herrscherfamilie Alijew hat, erzielt einen grossen Teil seines Umsatzes in der Schweiz. Was beabsichtigt der Bundesrat zu tun, damit das Geld, das von Schweizerinnen und Schweizern an Migros-Tankstellen ausgegeben wird, nicht dazu dient, diesen Krieg gegen die Zivilbevölkerung Bergkarabachs zu finanzieren, der zu einem erneuten Genozid führen könnte?

23.7718 Fehlmann Rielle. Bomben auf die armenische Zivilbevölkerung, bezahlt mit in der Schweiz verdientem Geld!

Die Bomben, die auf die armenische Zivilbevölkerung abgeworfen wurden, wurden mit in der Schweiz verdientem Geld bezahlt. Der aserbaidyschanische Konzern Socar, der in diesem Land herrschenden Alijew-Familie gehört, erzielt einen Grossteil seines Umsatzes in der Schweiz.

Was beabsichtigt der Bundesrat zu tun, da diese Gelder offensichtlich für einen Genozid verwendet werden?

23.7737 Schneider Schüttel. Ist die Schweiz bezüglich strategischer Beratung zur Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nicht in der Lage zu tun, was Frankreich offenbar kann?

Der Bundesrat antwortet auf meine IP 21.4273, eine Unterscheidung zwischen Informationen, die zum Zeitpunkt des Verkaufs von Pflanzenschutzmitteln zur Verfügung gestellt werden müssen, und solchen, die eher strategischer Natur sind, sei schwierig zu bewerkstelligen. Gleichzeitig zeigt er auf, wie diese Trennung in Frankreich bewerkstelligt wird.

- Warum kann die Schweiz nicht, was Frankreich kann?
- Welchen Einfluss haben die Bemühungen in Frankreich auf die Risikoreduktion?

23.7748 Fivaz Fabien. Lehre mit Handlungskompetenzen: ein Hemmnis für die Durchlässigkeit der beruflichen Grundbildung?

Die Reform der kaufmännischen Lehre ist seit diesem Schuljahr in Kraft. Es gibt jedoch Bedenken hinsichtlich der Durchlässigkeit des Systems: der Übergang von einem EBA zu einem EFZ oder zu einer Berufsmaturität könnte für viele Schülerinnen und Schüler schwierig werden.

- Welche Mittel will der Bundesrat mit den Kantonen und den Organisationen der Arbeitswelt ergreifen, um die Durchlässigkeit des Systems zu gewährleisten?

23.7761 Python. Auswirkungen der Abschaffung des Unterrichts in den Landessprachen an den Berufsfachschulen und den Handelsmittelschulen

Die Abschaffung des Unterrichts in Französisch, Deutsch oder Italienisch in den Handelsmittelschulen und Berufsfachschulen wirkt sich auf die Arbeitsmarktfähigkeit, die berufliche und persönliche Entfaltung, sowie auf die Integration und Chancengleichheit von jungen Lernenden aus, was Artikel 3 Buchstaben a, c und d des Berufsbildungsgesetzes vom 13. Dezember 2002 widerspricht, kann der Bundesrat die Verordnung ändern, um die Situation wiederherzustellen und die Reform auf regionaler Ebene anzupassen?

23.7762 Python. Auswirkungen der Abschaffung des Unterrichts in den Landessprachen an den Berufsfachschulen und den Handelsmittelschulen auf die Durchlässigkeit der Bildung

Die Abschaffung des Unterrichts in Französisch, Deutsch oder Italienisch in den Handelsmittelschulen und den Berufsfachschulen wirkt sich auf die Durchlässigkeit der Bildungstypen und -wege innerhalb der beruflichen Bildung sowie zwischen der beruflichen Bildung und den anderen Bereichen des Bildungssystems aus.

- Anerkennt der Bundesrat diese Auswirkungen?
- Mit welchen Mitteln könnte er diesen begegnen?

[23.7766](#)**Gugger. Warum ignoriert der Bundesrat in einer Gesamtschau zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes den Nutzen der Biodiversität bzw. die Kosten ihres Verschwindens?**

In seiner Gesamtschau zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes publizierte der Bund einen Massnahmenplan mit zwölf Vorhaben.

Im Bereich Umweltpolitik befasst er sich dabei am Rande mit dem Biodiversitätsverlust, ohne die volkswirtschaftliche Dimension des Verlusts unserer Lebensgrundlagen für Wirtschaft und Gesellschaft zu würdigen und ohne Kosten und Risiken oder Chancen zu benennen.

- Warum hat er dies unterlassen?

- Wird er dies in der nächsten Gesamtschau tun?

Wenn ja, wie genau?

Wenn nein, warum?

[23.7767](#)**Strupler. Kosten durch neue Gesetze, Abgaben Regulierungen**

Kann der Bundesrat beziffern wie hoch sich der Anteil der Inflation durch die Kosten von neuen Gesetzen, Abgaben und Regulierungen beläuft?

Wie gedenkt der Bundesrat diese Kosten für die Bevölkerung zu senken?

[23.7773](#)**Python. Auswirkungen der Abschaffung der Landessprachen als eigenständiges Fach auf den Erwerb der überfachlichen Kompetenzen**

Die Abschaffung von Französisch, Deutsch und Italienisch als eigenständige Fächer beeinträchtigt den Erwerb der grundlegenden Allgemeinbildung (Art. 15 Abs. 2 Bst. b des Berufsbildungsgesetzes vom 13. Dezember 2002 [BBG]) sowie den Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung (Art. 15 Abs. 2 Bst. c BBG) und steht im Gegensatz zum Konzept des lebenslangen Lernens, des freien Willens und des kritischen Denkens (Art. 15 Abs. 2 Bst. d BBG).

Anerkennt der Bundesrat diese Auswirkungen?

Welche Möglichkeiten hat er, um die Situation wiederherzustellen ?

[23.7789](#)**Klopfenstein Broggini. Weshalb gibt es keine Richtlinien für die Zusammensetzung von Begleitgruppen und Interessengruppen?**

Der Bundesrat schreibt in seiner Antwort auf meine Interpellation 23.3914, dass es keine rechtlichen Vorgaben für die Besetzung einer fachlichen Begleitgruppe und auch keine Richtlinien des Bundes für die Anhörung von Interessengruppen zu bestimmten Themen durch die Bundesämter gibt.

- Wie kommt es, dass es für ein derart politisches Thema weder Vorgaben noch Richtlinien gibt?

- Ist der Bundesrat bereit, Richtlinien für die gute Praxis in diesem Bereich zu ausarbeiten?

Falls nein, weshalb nicht?

Falls ja, wann?